



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

6. Jahrgang
Nr. 154, Nov./2 2020

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

**Verbreitet das Überbevölkerungs-Symbol
nutzt dazu euer Auto und klebt das Überbevölkerungs-Symbol darauf und verbreitet es, damit die überbordete und alles zerstörende Masse Menschheit endlich durch einen weltweiten Geburtenstopp sowie durch eine greifende Geburtenregelung drastisch reduziert und alles bösartige Unheil und Zerstörende beendet wird!**



Ur-Symbol Überbevölkerung

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm = CHF

250x250 mm = CHF

300x300 mm = CHF

3.-

6.-

12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225

8495 Schmidrüti

Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org

www.figu.org

Tel. 052 385 13 10

Fax 052 385 42 89

Jeder am Auto angebrachte Kleber – das wahre Friedenssymbol und das Überbevölkerungs-Symbol – hilft mit, die Menschen der Erde aus ihrer dumpfen Lethargie ihrer Gleichgültigkeit aufzuwecken, sie wachzurütteln und sie auf diese Weise auf die Überbevölkerung aufmerksam zu machen, durch die eine grassierende Zerstörung des Planeten, aller Ökosysteme, der Natur, Fauna und Flora, aller Meere, Süssgewässer, Moore, Wälder und Sumpfbereiche hervorgerufen wurde und weiter vorangetrieben wird, wie aber auch die Gefüge aller Auen, Fluren, Gebirge und die Atmosphäre und das Klima verheerend gestört und gar zerstört wurden, wie aber weltweit durch unfähige Staatsmächte sowie durch die gesamte Politik und Religionen falsche Machenschaften, Unfrieden und mörderische Gewalttätigkeiten, Verbrechen, Hass, Kriege, Terror, endloses Leid, Elend, Not und Tod hervorgerufen werden.

(falsches Friedenssymbol  = keltische Todesrunen (nach weltzerstörende unten gedrehte „Lebensrunen“)



Überbevölkerungssymbol



Das Friedenssymbol

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art sowie weltweit Unfrieden. Deshalb ist es dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlouterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

**Warum all die Unwahrheiten?
Offener Brief an Bundesrätin Karin Keller-Sutter**

Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit» VERÖFFENTLICHT AM 26. JUNI 2020

Frau Karin Keller-Sutter, Bundesrätin, rief zur Medienkonferenz. Um eine wahre Kanonade fragwürdiger «Argumente» auf die Begrenzungs-Initiative öffentlich abschiessen zu können.

Sie, Frau Bundesrätin, liessen sich flankieren von Verbandssekretären, die Sie den Journalisten als «die Wirtschaft der Schweiz» vorzustellen beliebten. Eine nicht ganz unerhebliche Auskunft zu Ihren «Assistenten» unterblieb freilich – wohl kaum aus Versehen. Denn die Sie assistierenden Verbandshengste vertra-

ten Körperschaften – den Arbeitgeberverband, den Gewerkschaftsbund, den Gewerbeverband –, die alljährlich hohe dreistellige Millionenbeiträge von Ihnen, also aus der Bundeskasse, beziehen: Als Entschädigung für die Aufsichts-Wahrnehmung über die Einhaltung der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit durch alle Betriebe in der Schweiz. Diese Verbände befürchten offensichtlich markante Einbussen der ihnen vom Bund zufließenden Millionenbeträge, wenn die Begrenzungs-Initiative angenommen würde...



Nähme man beim Bund Transparenz als Erfordernis so ernst, wie Bundesbern Transparenz von allen Firmen verlangt, dann hätten Sie die Öffentlichkeit über die massive finanzielle Abhängigkeit ihrer Assistenten von der Bundeskasse wohl ins Bild setzen müssen. Sie aber zogen es vor, den Mantel des Schweigens zu legen über solche Tatsachen, die das Pulver in Ihren Kanonen hätten nass werden lassen können.

Drohpotenzial

Dafür haben Sie mit allem Nachdruck aufgefahren, was Ihnen als Drohpotenzial gegen die von Ihnen gehasste Begrenzungs-Initiative irgendwie in den Sinn kam, weil Sie – selbst nach durch Corona erzwungener Grenzschliessung – unkontrollierte Einwanderung offenbar noch immer als grossartige Errungenschaft zu sehen beliebten. Dafür wollen Sie die Hoheit über die Einwanderung an Brüssel abtreten. Auf dass Grenzschliessungen aus eigener Überzeugung – zum Beispiel angesichts einer Pandemiedrohung – nicht mehr möglich wären. Auf dass der Schweiz jegliche Beschränkung der Masseneinwanderung verboten würde – genau das, was der Schweizer Souverän am 9. Februar 2014 an der Urne gegen die Masseneinwanderung ausdrücklich verfügt hatte. Der Ausverkauf von Hoheitsrechten an Brüssel lockt sie offenbar mehr als das Entstehen für Willensbekundungen der Schweizer Stimmbürger.

Klar und krass wahrheitswidrig behaupten Sie, die SVP-Initiative führe zur automatischen Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit mit der EU – und damit zur Liquidierung aller bilateralen Verträge. Eine schlimme Wahrheitsverdrehung!

In Wahrheit räumt die Begrenzungs-Initiative dem Bundesrat ein Jahr Zeit ein, die Personenfreizügigkeit so mit Brüssel neu auszuhandeln, dass das letzte Wort über die Landesgrenze, also die Entscheidung, wer die Schweiz betreten darf und wer nicht, bei der Schweiz bleibt. Nur dann, wenn Sie, Frau Bundesrätin, sich als zu schwach erachten, diesen Schweizer Standpunkt in Brüssel mit Rückgrat zu vertreten, nur dann käme es zur Kündigung des Abkommens. Aber allein des Abkommens über die Personenfreizügigkeit. Zu nichts anderem.

Österreich, Ungarn und Polen

Ist Ihnen entgangen, Frau Bundesrätin, dass Österreich, Ungarn und Polen – alle drei sind EU-Mitgliedstaaten – derzeit die in der Substanz genau gleiche Forderung an Brüssel richten, wie sie in der Begrenzungs-Initiative enthalten ist?

Und Österreich, Ungarn und Polen nehmen das, was Sie von Brüssel fordern, bereits vorweg. Sie zeigen täglich, dass sie das letzte Wort zu den eigenen Landesgrenzen sich selbst vorbehalten. Und sie entscheiden, wie es ihnen die Interessen der eigenen Länder vorgeben.

Tatsächlich: Brüssel kritisiert diese drei Länder für solch – wohlüberlegte – Eigenständigkeit. Ungarn muss gar Schimpftiraden über sich ergehen lassen. Aber sonst geschieht nichts. Wurde irgendein Ausschlussverfahren gegen einen dieser drei Staaten angedroht?

Warum fühlen Sie sich, Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter, nicht als ebenso stark wie die Regierungschefs von Ungarn, Polen und Österreich, die zu Brüssel mannhaft die Interessen ihrer Länder vertreten? Oder sind Sie der Interessen der Schweiz, wie sie in der erwähnten Abstimmung gegen die Masseneinwanderung an der Urne zum Ausdruck gekommen sind, ganz einfach überdrüssig?

Recht auf Nachverhandlungen

Warum verschweigen Sie die Tatsache, dass im Personenfreizügigkeits-Vertrag, den die Schweiz mit der EU abgeschlossen hat, ausdrücklich das Recht jedes Vertragspartners aufgeführt ist (Artikel 14, Artikel 18), die Gegenseite zu Nach- oder Neuverhandlungen einzuladen, wenn sich die Einwanderungsverhältnisse seit dem Zeitpunkt, da der ursprüngliche Vertrag ausgehandelt worden ist, massiv verändert haben? Verfünffachung, Versechsfachung, Verachtfachung, Verzehnfachung der Einwanderung in die Schweiz: Das dürfte selbst Brüssel als massive Veränderung gegenüber den ursprünglichen Erwartungen akzeptieren – falls der Bundesrat nur bereit wäre, die Interessen der Schweiz in Brüssel mit Nachdruck in die Waagschale zu werfen.

Brüssel will Geld

Auch die Volkswirtschaften der EU-Länder sind von der mit Corona begründeten Stilllegung umfassender wirtschaftlicher Aktivität schwer getroffen worden. Brüssel macht deutlich, dass die EU auch von der Schweiz Zahlungen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft erwartet. Durchaus möglich, dass es Bereiche gibt, an deren raschem Wiedererstarken die Schweiz interessiert ist.

Wenn Brüssel heute Geld von der Schweiz fordert, dann ist das nichts anderes als eine wunderbare Steilvorlage an Bern: Warum scheut sich Bern, klarzustellen, dass Verhandlungsbereitschaft über Wiederaufbauhilfe ganz davon abhängig ist, dass der Schweiz – Nichtmitglied der EU – die Hoheit über die eigene Landesgrenze belassen wird? Wer das ABC des Verhandeln hinreichend beherrscht, würde diese Steilvorlage nutzen. Warum schweigt Ihr für Einwanderungsfragen zuständiges Departement dazu, Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter?

Wirtschaftsverbände im Alarmismus-Stadium

Die Hechte der von Ihnen jährlich mit dreistelligen Millionenbeträgen genährten Wirtschaftsverbände machen derweil auf Alarmismus und faseln vom Zusammenbruch sämtlicher Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Neu sind solche Horrorszenerien nicht. Sie wurden – so wirkungslos wie frei erfunden – schon vor der EWR-Abstimmung aufgeföhren.

Was sind die wahren Interessen z.B. des Wirtschafts-«Dachverbands» Economiesuisse, wo die Manager der Grosskonzerne fast das alleinige Sagen haben? Sie verlangen nach billigen Arbeitskräften. Sie wollen damit insbesondere die älteren Schweizer, so tüchtig diese Arbeitskräfte sich für das Gedeihen ihres Konzerns in den letzten Jahren auch eingesetzt haben, loswerden – ersetzen durch billigere aus dem Ausland.

Mit enormem Einsatz haben diese Wirtschaftsverbände in Bern mit relativ knapper Mehrheit soeben die Entlassungsrente durchgesetzt. Damit haben sie freie Bahn, die 58-Jährigen schnöde in die Arbeitslosigkeit zu verjagen. Zwei Jahre bezahlt ihnen darauf die Arbeitslosenkasse eine Rente. Und danach erhalten sie – dank neuer Entlassungsrente – noch fünf Jahre lang gleiche Entschädigung aus der Bundeskasse.

Was die beiden Renten unterscheidet, fällt für die Manager der Grosskonzerne markant ins Gewicht. An die Arbeitslosenversicherung haben die Konzerne nämlich den hälftigen Anteil zu bezahlen, was Managerboni beeinträchtigen kann. Die finanziellen Mittel für die neue Entlassungsrente aber sind allein von den Steuerzahlern aufzubringen.

Die aus den billigeren ausländischen Ersatzangestellten für die Konzerne resultierenden Gewinne stecken sich die Konzern-Manager ganz allein in die eigenen Taschen. Die Kosten der sich abzeichnenden, von den Konzernen mitverantwortenden Massenarbeitslosigkeit wälzen sie dagegen auf die Steuerzahler ab. Skrupelloseren Egoismus, als er von Seiten dieser keineswegs knapp gehaltenen Manager ausgeht, hat man wahrhaftig selten erlebt. Bundesbern gibt ihm nach – keineswegs im Interesse der Schweiz.

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/warum-all-die-unwahrheiten/>

Dazu: FIGU-Gesprächsauszug aus dem 743. Kontaktbericht vom 16. Juni 2020

Billy Danke. Je länger, je mehr stelle ich fest, dass in den Köpfen des Gros der Erdlinge von heute – womit ich das Gros aller Völker und deren Regierende meine –, das dumm und einfältig in die Zukunft hineinlebt und wie Karnickel en masse Nachkommen wirft, nichts mehr zu finden ist, das noch der realen Wirklichkeit und Wahrheit entsprechen würde. Gegenteilig sind die Schädel des Erdlingsgros nur noch angefüllt mit wilden lebens- und wirklichkeits- sowie wahrheitsfeindlichen Flausen und dumm-dämlich-kindisch-unüberlegten Unsinnigkeiten, durch die ein in bezug auf das Bewusstsein normal-gesunder Mensch dem heulenden Elend verfallen kann, wenn er dieser Tatsache bedenkt. All das kommt ganz besonders auch beim Gros der Regierenden zum Ausdruck, das mir irgendwie wie hirnlose Schafe er-

scheint, das wild und irr durcheinanderblökt. Deren Gros benimmt sich wie unmündige Kinder, schnorrt gedankenlos herum und versucht sich selbst und die Mitgenossen mit dumm-blödsinnigen Ideen zu übertrumpfen. Das kommt besonders in der heutigen Corona-Zeit zum Ausdruck, da das Gros der Regierenden ständig mit neuen irren und verrückten Ideen überbietet, sei es mit dumm-blöden Reformen, neuen Gesetzen, Verordnungen, Bussgeldern oder mit Steuern usw., um die arbeitsame Bürgerschaft finanziell auszubeuten und stetig mehr zu vogten. Um jedoch in bezug auf effektiv greifende Sicherheits- und Vorbeugungsmassnahmen das Richtige gegen die Seuche zu tun, dazu fehlt ihnen das Intelligenz und der Mut. Zudem, und das erweist sich immer wieder, sind diese unfähigen Regierungserdlinge überheblich und von sich selbst eingenommen, machtbesessen und selbstherrlich. Tatsächlich sind nur wenige unter den Regierenden, die rechtschaffen und dem Verstand, der Vernunft und dem Ohr und Wohl der Bürgerschaft mächtig sind, wobei diese jedoch gegenüber den Unrechtschaffenen keinerlei Chance haben und nichts Positives ausrichten können. Wenn ich dabei diesbezüglich an die Schweiz denke, dann kann ich nur einen einzigen Mann im Bundesrat nennen, dem ich bezüglich seiner Arbeit – als Finanzminister – und seinem Verhalten meine Stimme geben kann. In Deutschland ist es z.B. der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, wobei zwar sicher auch noch einige wenige andere sind, von denen ich jedoch nicht viel oder überhaupt nichts weiss.

Das Gros der Staatsmächtigen ist nur auf sein eigenes Wohl bedacht, ist selbst unfähig zu denken und wertige Entschlüsse zu fassen, folglich es Berater und Beraterinnen an seine Seite nimmt, die ebenso dumm und dämlich sind wie sie selbst und idiotische Ratschläge erteilen, denen die regierungsunfähigen Staatsführenden bedenkenlos folgen. Und der Hammer dabei ist, dass diese Beraterinnen und Berater – die mit Steuergeldern horrend bezahlt werden – vom Staatsführungswesen ebenso keinerlei Ahnung oder Fähigkeit haben, wie auch die unfähigen Staatsmächtigen nicht.

Wenn ich all die Regierenden rund um die Welt in Augenschein nehme, dann finde ich nur wenige rechtschaffene fähige Regierende, die ihres Amtes würdig sind, die jedoch in bezug auf ihre gute Arbeit vom Gros der unwürdigen Unrechtschaffenen übergangen und deren Bemühungen zunichtegemacht werden, wie das leider auch in der Schweiz geschieht in bezug auf unseren Bundesrat Maurer, dessen effektiv gute Arbeit in bezug auf die Finanzverwaltung immer wieder torpediert und nichtig gemacht wird. Auch Putin muss ich dabei nennen, der für seine ordnungsrichtige Staatsführung nicht nur im eigenen Land von etwa 25-30 Prozent der eigenen Bevölkerung angegriffen und verteufelt wird, sondern auch durch Deutschland und die EU-Diktatur, jedoch ganz besonders die Hegemoniesüchtigen der USA, denen alle Verstand-, Vernunft- und Intelligenzlosen rund um die Welt nachfolgen. Dazu gehören schändlicherweise leider auch eine Anzahl Schweizer/innen, die zudem heimat- und landesverräterisch damit liebäugeln, die Schweiz in die Unfreiheit, Knechtschaft und Versklavung der EU-Diktatur zu treiben, wobei selbst völlig verantwortungslose Elemente im Bundesrat, Ständerat und Nationalrat sowie zumindest eine Landesverratspartei dazugehören.

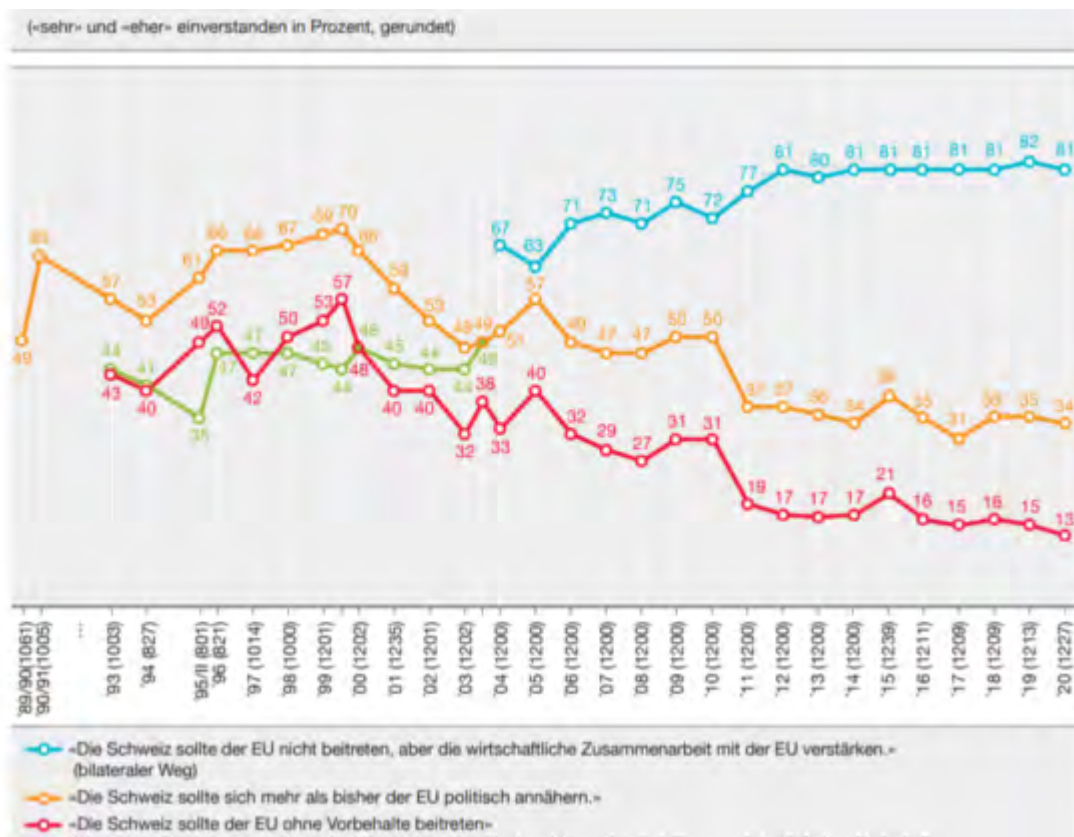
Wäre in Russland nicht Putin der starke Mann, der der Dummheit, Blödsinnigkeit und den Hetzereien und Machtgelüsten der USA klug und nachsichtig begegnet, die hinsichtlich ihrer Ambitionen in bezug auf eine Russlanderniedrigung, Russlandunterjochung und Russlandeinvorleibung ihr schmutziges Spiel treiben, dann hätte es schon lange mit einem grossen Krieg gekracht. Der Bedachtigkeit und Klugheit von Putin jedoch, der nachsichtig mit der Dummheit und Dämlichkeit der hetzerischen Angrifflichkeiten der USA umgeht – wie gleichermassen mit den gewissenlosen Hetzereien der EU-Diktatur, von Deutschland und allen sonstigen Russlandfeinden, und zwar auch jenen unbedarften dummen Schweizern usw. –, ist es zu verdanken, dass noch kein Krieg, sondern immer noch etwas wie Frieden zwischen den Weltmächten herrscht. Nichtsdestotrotz kann es jedoch sein, dass eines Tages auch Putin die Geduld verliert, die Nachsicht zusammenbricht und ihm der Kragen platzt. Das aber würde den USA und allen anderen Russland- und Putinfreunden schlecht bekommen, und zwar, weil ...

EU-Beitritt und politische Annäherung kommen nicht in Frage EU-No-Newsletter, News | 1. Juli 2020

Eine aktuelle und fortlaufende Studie der ETH Zürich zeigt, dass ein EU-Beitritt der Schweiz für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land keine Option ist. Der Zustimmungswert ist auf einem historischen Tiefstand. Auch eine weitere politische Annäherung an die EU ist unerwünscht. In Anbetracht dieser Umfragewerte ist das institutionelle Rahmenabkommen reine Zwängerei und offensichtlich ideologisch motiviert. Die Schweiz will und braucht keine politische Einbindung in die EU. Das Schweizer Volk will keinen schleichenden EU-Beitritt.

Die aktuelle und fortlaufende Studie der ETH Zürich «Sicherheit 2020» zeigt, dass ein EU-Beitritt der Schweiz für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land keine Option ist. Der Zustimmungswert ist auf einem historischen Tiefstand. Nur noch 13% geben an, dass wir der EU beitreten sollen. In Anbetracht dieses Wertes ist es verständlich, dass nun mit dem Rahmenabkommen ein EU-Beitritt durch die Hinter-

tür erfolgen soll. Die EU-Befürworter sind auf verlorenem Posten und versuchen nun, die Schweiz einfach an die EU anzudocken, anzubinden, anzuketten, so dass wir sogar schlechter dastehen als ein Vollmitglied. Wir wären mit der automatischen Rechtsübernahme, der Unterstellung unter den EU-Gerichtshof und den Strafmassnahmen eine Befehlsempfängerin und Beitragszahlerin ohne Mitsprache. Das Rahmenabkommen ist ein Kolonialvertrag, ein Knechtschaftsvertrag.



Die ETH-Studie belegt zudem, dass eine weitere politische Annäherung an die EU ebenfalls unerwünscht ist. Das Rahmenabkommen ist aber genau das. Es ist eine politische Integration in die EU-Strukturen. Es ist eine institutionelle Anbindung an den EU-Apparat. Die EU-Kommission würde die Schweiz überwachen, und der EU-Gerichtshof würde über Streitigkeiten befinden. Und wir müssten einseitig EU-Regulierungen und EU-Recht übernehmen. Wo bleibt da die Handlungsfreiheit? Wo bleiben die globale Ausrichtung und der Weitblick? Wo bleibt die Eigenständigkeit? Nirgends. Einen solchen politischen Integrationsschritt ist nicht im Interesse von Land und Leuten. Es widerspricht der direkten Demokratie und unserer Bundesverfassung.

In Anbetracht dieser Umfragewerte ist das institutionelle Rahmenabkommen reine Zwängerei und offensichtlich ideologisch motiviert. Die Schweiz will und braucht keine politische Einbindung in die EU. Das Schweizer Volk will keinen schleichenden EU-Beitritt.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt

Quelle: <https://eu-no.ch/eu-beitritt-und-politische-annaeherung-kommen-nicht-in-frage/>

Destabilisierung

Anian Liebrand, Publizist VERÖFFENTLICHT AM 10. JULI 2020

Bewegungen gegen «die alte Ordnung»

Arabischer Frühling, Rosen-, Tulpen- oder orangene Revolution, Refugees Welcome, Fridays for Future und jetzt Black lives matter. Fragen Sie sich auch, wie um alles in der Welt es möglich ist, dass alle paar Monate eine neue Massenbewegung aus dem Boden gestampft wird, die es in rekordverdächtigem Tempo ins Scheinwerferlicht sämtlicher Massenmedien schafft?

Man muss kein wahnsinniges Genie sein, um zu erkennen, dass dahinter horrende Finanzströme, ausgeklügelte Marketing-Strategien und überwältigende Organisationsmacht stecken müssen. Die wichtige Frage ist nur: Was bezwecken all diese Modeströmungen, deren Parolen sich stets aufs Neue Millionen sich für gebildet haltende Weltverbesserer und «Erdenbürger» anschliessen? Was haben sie gemeinsam und wie wirken sie sich auf die Gesellschaften in den Industriestaaten aus?

Auf die Richtigen hören

Um uns diesen Fragen rein faktenbasiert zu nähern, lohnt es sich, auf Insider wie Hans-Georg Maassen zu hören. Bis er aus politischen Gründen von Merkel geschasst wurde, leitete Maassen über viele Jahre das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz. Der CDU-Mann fiel im September 2018 in Ungnade, weil er der politisch opportunen Theorie, in Chemnitz sei es nach einem «migrationshintergründigen» Mord an einem Deutschen zu «rechtsextremen Hetzjagden» gekommen, widersprach. Ihm legte man auch zur Last, dass er sich weigerte, den Verfassungsschutz für den Schmutz-Kampf gegen die AfD instrumentalisieren zu lassen. Sein Nachfolger ist da im Übrigen um einiges systemkonformer: Kaum war Maassen weg, begannen die mit Getöse inszenierten, staatlich beglaubigten Rechtsextremismus-Vorwürfe gegen die bedrohlich – weil erfolgreich – gewordene, rechte Konkurrenzpartei.

Seit Maassen, der stabile Hüter von Recht und Ordnung, der von Amtes wegen über ein gewaltiges Hintergrundwissen zu staatsgefährdenden Elementen verfügt, deswegen in die Wüste geschickt wurde, betätigt er sich öffentlich als mahnende Stimme der Vernunft. Immer wieder wagt er den Widerspruch zu gepushten Mehrheitsmeinungen über den Sinn von Masseneinwanderung und die wahren Gefahren für die staatliche Ordnung. Er selber bezeichnet sich als «Dissident» und «politischer Aktivist», der sich in der konservativen CDU-Gruppierung «Werteunion» zuhause fühlt.

Gegen die staatliche Ordnung

In einem Video-Talk mit dem Medium «Tichys Einblick» redet Hans-Georg Maassen nun Klartext. Black lives matter-Demonstrationen seien auch in Deutschland von gewaltbereiten Linksextremisten unterwandert worden. Die von diesen Kreisen ausgehenden konzertierten Angriffe auf Polizei und Bundeswehr würden den Zweck verfolgen, die Sicherheitsbehörden und den Staat zu destabilisieren. Sorgen bereiten Maassen die ständig geschürte Vertrauensschädigung gegenüber der Polizei als Symbol des Staates und sogenannte Anti-Diskriminierungs-Gesetze, die nun in mehreren Bundesländern lanciert würden. Diese würden bewirken, dass künftig schwerpunktmässig «nur noch Einheimische kontrolliert werden». Jedes Mitglied einer Minderheit könnte demnach sofort den Vorwurf der Diskriminierung erheben und den Polizisten schaden.

Maassen benennt es richtig: Es geht bei allen von linker und internationalistischer Seite getragenen Bewegungen darum, gewachsene und bestehende – meist bewährte – gesellschaftliche Verhältnisse umzupflügen, Misstrauen zu säen und Chaos zu schüren. Und in der Tat: Die jüngsten bürgerkriegsähnlichen Ereignisse in Stuttgart, als junge Männer, vorwiegend arabische Migranten, einen ganzen Stadtteil mit sinnloser Gewalt verwüsteten, zeigten, auf welcher verheerende Weise die gängige politische Doktrin den deutschen Staat bereits destabilisiert hat. Statt die Täter faktengemäss zu benennen, flüchteten sich politisch gehorsame Polizei- und Politfunktionäre in taktische Flunkerei: Die Täter hätten der örtlichen «Partyszene» entstammt, was natürlich rasch als vollkommener, jede durchschnittliche Intelligenz beleidigender Blödsinn entlarvt wurde.

Destruktiv und totalitär

Was Hans-Georg Maassen für Deutschland skizziert, trifft dabei auf die meisten westlichen Industriestaaten zu – auch auf die Schweiz. Allerorts ist Destabilisierung der Klammerbegriff allen kulturmarxistischen Tuns, das sich hinter gezielt aufgebauten Gruppierungen wie Black lives matter verbirgt. Solche Bewegungen betten sich in schöne Gewänder und werfen mit wohlklingenden Botschaften um sich. Dahinter steckt jedoch eine Agenda, die durch und durch totalitär und destruktiv wirkt, statt Verbesserungen im konstruktiv-positiven Sinne anzustossen. Oder was hilft es den Minderheiten konkret, wenn wir ein traditionelles Süßgebäck nicht mehr Mohrenkopf oder ein feines Stück Fleisch nicht mehr Zigeunerschnitzel nennen dürfen? Haben wir nur einem einzigen Dunkelhäutigen eine bessere Perspektive ermöglicht, wenn wir uns in gebücktem Gang die beispiellos erfolgreiche europäische Geschichte schlecht reden lassen und Denkmäler von Persönlichkeiten niederreißen, die aus heutiger Sicht nicht mehr dem gängigen Ideal entsprechen?

Selbstverständlich nicht. Alle erzwungenen Bücklinge vor dem Zeitgeist sind nichts weiter als Symbolpolitik. Etappensiege in einem langen Marsch gegen «die alte Ordnung». Jede Distanzierung und jedes Einknicken nur ein Meilenstein in einem fanatischen Kulturkrieg, dem sich militante Linke und ein darum herum entstandenes Mitläufertum verschrieben haben.

Schubladisierung

Natürlich sind nun längst nicht alle, die mit Fridays for Future für die «Klimarettung» demonstrieren oder mit Black lives matter für Gleichberechtigung kämpfen wollen, verkappte Gesellschafts-Destabilisierer mit bösen Absichten. Ganz und gar nicht. Die vertretenen Werte klingen auf den ersten Blick meist verlockend. Es ist sogar nachvollziehbar, dass diese Bewegungen eine gewisse Attraktivität ausstrahlen können. Die angeheizte Dynamik kann das Gefühl vermitteln, sich für etwas ganz Grosses – für «das Gute» –

einzusetzen. Deren Sympathisanten sei allerdings empfohlen, sich mal in Ruhe zu hinterfragen, warum gewisse Themen in so kurzer Zeit hochgejubelt und forciert werden, währenddem andere Organisationen, die nicht dem Mainstream entsprechen, pauschal schubladisiert oder totgeschwiegen werden.

Wäre es nicht viel wahrscheinlicher gewesen, dass die Kritik an der Merkel'schen Willkommenspolitik, die Europa seit 2015 den Import von Abermillionen «Partyszene-Anhängern» beschert hat, das weit grössere Potenzial besessen hätte, eine weitschichtige Protestbewegung entstehen zu lassen als der Mord an einem dunkelhäutigen Kriminellen, wie die Ikone der Black lives matter-Bewegung George Floyd einer war? Nur: Die Migrationskritiker werden mit miesen Methoden beschimpft und marginalisiert, während die anderen völlig undifferenziert hofiert werden. Oder die Friedensbewegung, die vor wenigen Jahren für Abrüstung und gegen militärische NATO-Aggression gegenüber Russland auf die Strasse ging: Warum wurden auch deren Anhänger konstant durch den Kakao gezogen?

Was macht den Unterschied?

Dass Gruppierungen wie Black lives matter, die oft nur als Sammelbegriff aufgebaut werden, unter dem ganz verschiedene Strömungen ihr Unwesen treiben, auf beträchtliche Finanzquellen zurückgreifen können, ist dabei nicht mehr als logisch. Es hat nichts mit der gerne als Kampfbegriff genutzten Keule der «Verschwörungstheorie» zu tun, wenn man erkennt, dass die Menge an zur Verfügung stehenden Ressourcen den Unterschied machen kann, ob ein Hype durch die Decke geht oder ein Anliegen vor sich hindümpelt. Dass in diesem Zusammenhang Organisationen wie die von George Soros finanzierte «Open Society Foundation» als Flächenbrand-Beschleuniger auftreten, weiss längst jeder, der recherchieren und eins und eins zusammenzählen kann.

«Prüfe und hinterfrage»

Wissen ist Macht. Zusammenhänge zu erkennen kann helfen, Themen richtig einzuordnen und infolgedessen korrekt zu handeln. Im Hinblick auf neu entstandene Massenbewegungen heisst das: Prüfe erst die Hintergründe und die Motive. Einer Bewegung, die sich dadurch auszeichnet, andere zu Feindbildern zu erklären, die den Menschen ein schlechtes Gewissen einredet und auch vor Gewalt nicht zurückschreckt, kann sich ein gebildeter Mensch im Grunde doch nicht anschliessen, oder?

Die beste Losung gegen Zeitgeist und Destabilisierung bleibt dagegen unverändert aktuell: Stehen wir ein für die Familie, die Verbindung von Mann und Frau, seien wir stolz auf unsere Herkunft, auf den Nationalstaat und unsere Tugenden wie Fleiss, Treue, Staatskepsis oder Loyalität. Genau diese Werte sind es nämlich, die unter Dauerbeschuss all derer stehen, die unter falscher Flagge vorgeben, die Welt zu verbessern. Erkennen wir die Agenda und bleiben wir wachsam.

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/destabilisierung/>

Russland braucht „unsere Hilfe“ meint FDPLer Baum – und bringt es in Jungbrunnen des Liberalismus?

Der frühere deutsche Innenminister Gerhart Baum nimmt an einer Pressekonferenz über eine Initiative teil, die die Freilassung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange aus der britischen Auslieferungshaft am 6. Februar 2020 in Berlin fordert. Russland braucht „unsere Hilfe“, meint FDPLer Baum – und bringt es in Jungbrunnen des Liberalismus?© AFP 2020 / JOHN MACDOUGALL

Von Liudmila Kotlyarova,19:49 06.07.2020

Man stösst in den Tagen nach der Volksabstimmung über die neue russische Verfassungsreform zwar auf kluge kritische, aber auch auf merkwürdige Kommentare, in denen etwa suggeriert wird, das demokratische Deutschland – oder der Westen – müssten den Russen beim Aufbau der Demokratie helfen. Da gibt es aber ein Problemchen. Eine Glosse.

So meint der Innenminister a. D. Gerhart Baum (FDP) in einem „Cicero“-Gastbeitrag, die Deutschen hätten gegenüber Russland „eine besondere Verantwortung.“ Zusammen mit Julius von Freytag-Loringhoven, dem Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, weist Baum in einem Expertenton auf einen tiefliegenden Vertrauensverlust der Russen in den Rechtsstaat, eine gewisse Unsicherheit und insgesamt mangelnde Entwicklungsprozesse in Russland hin. Angesichts des fehlenden Vertrauens würden viele Russen „die vertrauensspendende Kraft der liberalen Demokratie“ erkennen, meinen die Autoren und freuen sich auf mutige Menschenrechtler und unabhängige Journalisten. Und dann kommt der Satz:

Russland nach Verfassungsreform: „Es würde viele Millionen Deutsche zufriedener stimmen, wenn ...“ „Damit ein solches, vielstimmiges Russland unter immer autoritärerer Herrschaft überleben kann, braucht es auch unsere Hilfe.“ Na schön.



Übrigens: „Man hilft den Russen weder, wenn man versucht, sich dem Kreml bedingungslos anzudienen – wie es grosse Teile aus AfD und Linke versuchen –, noch indem man Russland den Dialog verweigert.“ Ein vielschichtiger Dialog sei seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ukraine, aber auch angesichts des autoritären Trends im Inneren umso wichtiger geworden. Inwieweit die Autoren den „Dialog“ interpretieren, bleibt unklar. Gefordert wird aber etwa, dass auch eine scheinbar unpolitische Wirtschaftskooperation zwischen Deutschland und Russland sich dem Primat der Menschenrechte und des Völkerrechts unterordne.

Das vielstimmige Russland braucht in der Tat Vieles. Wenn unter den in Deutschland lebenden Russen etwa 56 Prozent gegen die Verfassungsänderungen und damit klar gegen „Putin für immer“ abstimmen, sagt das schon einiges. Vor der russischen Botschaft in Berlin versammelten sich am 1. Juli auch viele Gegner der neuen Verfassung. Man bekommt aber auch zu hören, die Entscheidung liege bei den Menschen in Russland – „wir sind sowieso schon hier“. Wenn die Befürchtungen stimmen und es in der Tat weniger als 78 Prozent waren: Die meisten Russen haben Putins Weg aber offensichtlich bewilligt.

Dabei gilt der altliberale Prophet Baum nicht mehr viel im eigenen Land. Er hätte nämlich für die Glaubwürdigkeit, für die er ansonsten so sehr mit Blick auf das teils „barbarische“, teils „moderne“ Russland plädiert, neben den russischen Umfragen auch die deutschen erwähnen können, die einen vergleichbaren Vertrauensverlust der Deutschen in den Staat verzeichnen – bei all der „vertrauensspendenden Kraft der liberalen Demokratie“. Ob das Sendungsbewusstsein eines sich selbst überschätzenden senilen FDP-Veteranen zwischen Smolensk und Wladiwostok zum Erfolgsschlagert wird, lässt sich ebenfalls bezweifeln. Wird Russland unter den Ratschlägen des 87-Jährigen in den Jungbrunnen des Liberalismus geführt? Und werden die Russen jetzt auf ihren Datschen Rolf Dahrendorf lesen, statt Dostojewskis Warnung, in Europa sehe man sie nur als Landstreicher an? Vielleicht sollte der 67-jährige Putin nun Baum als Wahlkampfmanager engagieren, um sich bei den nächsten Präsidentenwahlen den Ergebnissen der FDP anzunähern.

Und die russische Bevölkerung ... – die ist tatsächlich leidgeprüft und hat mal schon schlimmere – echte – Diktaturen erlebt. Ohne die deutsche „Hilfe“ hätte das sowjetische Russland 1941 unter dem totalitären Regime Stalins mit etwa 27 Millionen weniger Opfern überleben können. Gegenwärtig gesehen: Was unter normalen Umständen „Dialog“ heisst, reicht in Zeiten der Wirren oft weiter. Zwar hat die deutsche Bundesregierung keine eigenen Soldaten in den Irakkrieg geschickt, tat aber sonst alles, damit die USA, Grossbritannien und ihre Verbündeten diesen führen konnten. Die Iraker können sich über die „Hilfe“ der westlichen Demokraten immer noch nicht genug freuen. Im Syrienkrieg hat sich der „vielschichtige“ Dialog der Bundesregierung mit den Einheimischen so weit durchgesetzt, dass die deutsche Botschaft in Damaskus seit 2012 geschlossen bleibt. Die Weiterentwicklung in mehreren Ländern – ob in der Ukraine oder in Georgien – zeigt: Die als philanthropisch gedachte Beibringung der Grundrechte geht – leider – Hand in Hand mit knallharten geopolitischen Interessen.

In dieser Hinsicht ist Baum in seinem initiativen Liberalismus-Rausch noch ziemlich harmlos: Vordenker der Russland-Politik unter den US-Demokraten wie die ehemalige Assistant Secretary of State im Dienst

des US-Aussenministeriums, Victoria Nuland, genießen sich da weniger – und fordern schon jetzt eine Zensur gegen „Putins Medien“ beim rechtzeitigen kompletten Eindringen Washingtons in die russische Gesellschaft, gerichtet auf die Kompradorenbourgeoisie und eine wackelige kleinbürgerliche Intelligenz. Sollte es in Russland – Gott bewahre – in der absehbaren Zukunft zu einer neuen Smuta kommen – würden womöglich nicht wenige Russen angesichts solcher Offerten zu der Einschätzung kommen: Ihr habt uns gerade noch gefehlt.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20200706327462363-russland-braucht-unsere-hilfe/>

Kommentar zur Petition „Überbevölkerung - UN: Beschiessen Sie einen weltweiten Geburtenstopp!“

von Linda Rapp, 30. Juni 2020

Man sollte sich einmal die Reiskornparabel ansehen, um zu begreifen, was Exponentielles Wachstum bedeutet! <https://www.youtube.com/watch?v=jWXLNPrVhfw>

Die Menschheit weiß seit gut 50 Jahren ganz genau von allen diesen Problemen, aber wir rennen sehenden Auges ins Verderben. Wenn "Homo egoisticus ignorans" seit der Existenz der Erde erst seit 0,000067 % dieser Zeit (neuerdings nimmt man 300.000 Jahre an) hier sein 'Unwesen' treibt, davon wiederum 0,3 Promille = 100 Jahre, in denen sich eine masslose Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung und Ressourcenausbeutung entwickelt hat, dann mag mancher weiter davon träumen, in einer geologischen Mikrosekunde alles verstanden zu haben und beherrschen zu können, was Mutter Erde für Tyranno hominemens noch an umfänglichen "Problemlösungen" bereit hält. Das Problem der Menschheit ist, dass wir uns auf dem Planeten anders benehmen müssen. Auf allen Gebieten. Es fehlt an Verantwortungsbewusstsein, an Weitsicht, an Rücksichtnahme, an Empathie, wohin man sieht. Wir tun es den "Reishaufen" gleich. Das erinnert mich an Bakterien in einer Petrischale: wenn sie die Besiedelung des Nährbodens beginnen, sieht man sie gar nicht. Kurze Zeit später haben sie alles bedeckt. Dann wuchern sie übereinander und suchen mehr Platz. Dann sterben sie alle ab Mangel an Lebensraum. Der Menschheit wird es in nicht allzu ferner Zukunft ebenso gehen. Da wirken die Klimademonstrationen ebenso hilflos, wie Sie es sagen: DEMOS werden gar nichts ändern. Es gibt nur eine einzige Hoffnung: Eine weltweite strikte Nachkommens-Begrenzung, die aber nicht durchzusetzen sein wird. Damit ist unser Schicksal besiegelt.

Petition: <https://www.change.org/p/weltweite-geburtenregelungen-verbindlich-einfuehren-introduce-obligatory-world-wide-birth-controls>

Unterschriften am 30. Juni um 10:21h: 44 637

Achim Wolf, Deutschland



Bundesinnenminister Horst Seehofer (i.d.Mitte) und Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang (L) bei Vorstellung des Verfassungsschutzberichts in Berlin, 9. Juli 2020. Ohne stichhaltige Argumente, nur Unterstellungen: Verfassungsschutz zur „Bedrohung“ durch Sputnik © Sputnik / Paul Linke

Von Ilona Pfeffer, 20:00 09.07.2020

Am Donnerstag wurde in der Bundespressekonferenz in Berlin der Verfassungsschutzbericht 2019 vorgestellt. Zum zweiten Mal in Folge tauchen in dem Bericht Sputniknews Deutsch und RT Deutsch namentlich auf. Die Begründung dafür, weswegen sie sich der Einflussnahme schuldig gemacht haben sollen, fiel jedoch äusserst dürrig aus.

Nach der kurzfristigen Absage des ursprünglichen Termins vor drei Wochen durch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), wurde am Donnerstag der Verfassungsschutzbericht 2019 im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt. Neben Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus gingen Innenminister Horst Seehofer und Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang insbesondere auf das Thema Spionage ein. Dabei fielen auch explizit die Namen RT und Sputnik.

Verfassungsschutzbericht 2019: „Rechtsextremismus ist die grösste Bedrohung für Demokratie“

Weiterhin seien die Russische Föderation, die Volksrepublik China, die Islamische Republik Iran und die Republik Türkei Hauptakteure der gegen Deutschland gerichteten Spionage und Einflussnahme. Neben seinen Spionageinteressen sei Russland bestrebt, die politische und öffentliche Meinung in Deutschland im Sinne der russischen Politik zu beeinflussen. Russische Stellen zielten mittels Propaganda und Einflussmassnahmen auf eine Beeinflussung beziehungsweise Desinformation verschiedener Adressatengruppen ab.

„Die zentralen Rollen nehmen dabei der Internetsender RT Deutsch, die Nachrichtenagentur Sputnik sowie soziale Netzwerke und staatliche oder private Institute (sog. Think Tanks) ein“, heisst es im Verfassungsschutzbericht 2019.

Im Vergleich zu den letzten Jahren sei jedoch in Bezug auf Deutschland eine gewisse Mässigung der Aktivitäten zu verzeichnen.

Sputniknews Deutsch im Bericht – Ohne konkrete Vergehen

„Eine gewisse Mässigung“ beziehungsweise die Unfähigkeit, RT Deutsch und Sputniknews Deutsch konkrete Vergehen nachzuweisen, um deren namentliche Nennung im Verfassungsschutzbericht zu rechtfertigen, ist auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz zu verzeichnen. Statt Belegen für die angebliche Propaganda-Aktivität der russischen Auslandsmedien, heisst es eher lahm:

„So wurde beispielsweise im Berichtsjahr zwar die Rechtfertigung der Annexion der Krim durch Russland aufrechterhalten, gleichzeitig trat aber die Betonung der beiderseitigen wirtschaftlichen Vorteile, die sich bei einem Wegfall der Sanktionen ergeben würden, deutlich in den Vordergrund. Darüber hinaus lassen russische Akteure die USA als Bedrohung für ein angeblich friedliches Russland erscheinen und versuchen, das Ansehen der NATO in der deutschen Bevölkerung zu beschädigen. Versehen mit der Absicht, Zweifel am deutschen Engagement in dem Verteidigungsbündnis zu säen, wird die NATO zu diesem Zweck als aggressives Machtinstrument dargestellt.“

Im Verfassungsschutzbericht 2018 war Sputnik und RT zum ersten Mal die zweifelhafte Ehre zuteil geworden, namentlich erwähnt zu werden. Schon damals war die Beweislage denkbar dünn, aber immerhin wurde ein konkretes Beispiel angeführt, weshalb man den russischen Staatsmedien Desinformation unterstellte:

„Nachdem die britischen Behörden zwei russische Staatsbürger verdächtigten, den am 4. März 2018 in Salisbury (Grossbritannien) verübten Giftanschlag mit einer Chemiewaffe aus der Stoffgruppe der Novitschoks auf den ehemaligen russischen Geheimdienstangehörigen Sergej Skripal und dessen Tochter im Regierungsauftrag verübt zu haben, beteiligten sich RT Deutsch und Sputnik an einer internationalen russischen Kampagne, mit der vom Verdacht abgelenkt beziehungsweise Zweifel gesät werden sollten.“ Vom Fall des vergifteten ehemaligen Doppelagenten und seiner Tochter, in dem auch ein Jahr später keinerlei stichhaltige Beweise für eine russische Beteiligung erbracht werden konnten, ist im diesjährigen Bericht keine Rede mehr.

Normale Berichterstattung wird zur „Werbung für Hygiene-Demos“

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2019 behelfen sich Haldenwang und Seehofer anstelle von konkreten Beispielen „russischer Propaganda“ damit, Sputnik zu unterstellen, Werbung für die Hygiene-Demos im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gemacht zu haben. Sputnik habe die Teilnehmerzahlen aufgeblasen und damit den Demonstrationen grössere Bedeutung verliehen, als sie tatsächlich gehabt hätten.

„Wir respektieren selbstverständlich die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit“, so Haldenwang. Bei den angesprochenen Sachverhalten gehe es aber nicht um Meinungsäusserungen, sondern um verfälschte Tatsachen bezüglich der Hygiene-Demonstrationen und deren Teilnehmerzahlen, die nach oben „völlig abweichend“ gewesen seien gegenüber offiziellen Feststellungen. Insofern hätten diese Meldungen Falschaussagen beinhaltet und solche Dinge müsse der Verfassungsschutz eben benennen.

Tatsächlich beruhen Angaben zu Teilnehmerzahlen bei Grossveranstaltungen immer auf Schätzungen, und oftmals gehen die Schätzungen von Veranstaltern und der Polizei stark auseinander, während die

Wahrheit vermutlich irgendwo dazwischen liegt. Wie andere Medien auch, hat Sputnik keine Möglichkeit, die Teilnehmer selbst zu zählen, und verlässt sich auf ebenjene Einschätzungen.

Sputniknews berichtete am 11. April 2020 von der Hygiene-Demo in Berlin Mitte. Im Bericht, der noch am gleichen Abend auf der Sputnik-Seite erschien, sprach der Autor Tilo Gräser von „bis zu 400“ Teilnehmern. Das deckt sich mit den Angaben der Polizei, die schätzte, es hätten 300 bis 350 Personen an der Demonstration teilgenommen.

Bei einer weiteren Hygiene-Demonstration, über die Sputnik am 10. Mai berichtete, waren Andreas Peter, Redaktionsleiter von Sputniknews Deutschland, und Redakteur Tilo Gräser gemeinsam vor Ort. Peter betont:

„Wann immer wir über Zahlen von der Demo berichtet haben, bezogen wir uns auf Zahlen der Polizeipressesprecher, die wir vor Ort befragt haben. Wir sind für unsere Berichterstattung von der ersten Demo auf dem Alexanderplatz sogar angefeindet worden, wir hätten die Teilnehmerzahlen zu niedrig angesetzt. Wenn alleine die Berichterstattung als Werbung für etwas eingestuft wird, um in einem Verfassungsschutzbericht Erwähnung zu finden, dann müssten natürlich alle Medien, die darüber berichteten, erwähnt werden. In keinem einzigen Fall haben wir zu einer Teilnahme an diesen Hygiene-Demos aufgerufen oder in einer Wortwahl darüber berichtet, die als Teilnahmeermunterung aufgefasst werden könnte.“

Sputnik zur Behördennachfrage raten - Dann aber nicht antworten

Auf Nachfrage von Sputnik-Korrespondent Paul Linke, wie Sputnik es in Zukunft denn besser machen solle, antwortete Haldenwang, man solle eben bei den Behörden nachfragen.

Propaganda-Tourette – Die Verschwörungstheorie „Die Russen waren´s“ ist selbst Verschwörung

Bei den Behörden nachfragen, ist in diesem Zusammenhang ein interessantes Stichwort. Nachdem Sputnik im letztjährigen Verfassungsschutzbericht zum ersten Mal namentlich erwähnt worden war, hatte die Redaktion eine E-Mail mit detaillierten Nachfragen an das Bundesamt für Verfassungsschutz gerichtet. Die Antworten auf diese Fragen ist das Amt bis heute schuldig geblieben.

Dass Sputnik und RT im Verfassungsschutzbericht genannt wurden, sei eine fachliche Entscheidung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und unterliege keinerlei politischer Weisung, betonte Innenminister Seehofer bei der Pressekonferenz am Donnerstag. „Aber ich möchte keinen Zweifel daran lassen, dass das, was Herr Haldenwang heute vorgelegt hat, auch meine uneingeschränkte Unterstützung hat, so Seehofer.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20200709327479398-verfassungsschutzbericht-2019-analyse/>

Lawrow stimmt zu – Chinas Aussenminister: "USA haben den Verstand, die Moral und Glaubwürdigkeit verloren"

So, 19 Jul 2020 10:11 UTC

Chinas Aussenminister Wang Yi hat am Freitag das Gebaren und Vorgehen der USA in einem Gespräch gegenüber dem russischen Aussenminister Sergei Lawrow mit deutlichen Worten kritisiert. Lawrow stimmte zu. Im Wortlaut sagte Yi:



Der chinesische Aussenminister Wang Yi äusserte sich in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen offen kritisch gegenüber den USA.

Chinas Aussenminister sagte seinem russischen Amtskollegen am Freitag, dass die Vereinigten Staaten "ihren Verstand, ihre Moral und ihre Glaubwürdigkeit verloren haben", während er gleichzeitig sagte, Peking und Moskau sollten in Fragen von globaler Bedeutung, wie Covid-19 und regionale Sicherheit, zusammenarbeiten.

~ South China Morning Post

Wang betonte darüber hinaus, dass das Verhalten der USA nicht mit dem einer Weltmacht übereinstimmt.

"Die USA haben ihre Politik 'Amerika zuerst' unverblümt fortgesetzt, indem sie Egoismus, Unilateralismus und Mobbing bis an die Grenze getrieben haben, und das ist nicht das, worum es bei einer Grossmacht gehen sollte", wurde Wang Yi von Peking zitiert, wie er dem russischen Aussenminister Sergej Lawrow in einem Telefongespräch sagte.

~ South China Morning Post

Quelle: <https://de.sott.net/article/34514-Lawrow-stimmt-zu-Chinas-Aussenminister-USA-hat-den-Verstand-die-Moral-und-Glaubwürdigkeit-verloren>

Wie vertuscht man eine krachende Niederlage?

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 21. Juli 2020

Kanzlerin Merkel hat ihre EU-Ratspräsidentschaft mit der grossartigen Ankündigung begonnen, Europa neu zu einigen. Im Subtext hiess das, die Abweichler, die sich der „Verteilung“ von Migrant*innen entziehen und keine Schuldenunion wollen, auf Linie zu bringen. Mit Letzterem ist sie schon im ersten Anlauf gescheitert. Mit ihrer EU-Präsidentin Ursula von der Leyen, deren grosszügige „Aufbaupläne“, sprich Geldgeschenke an Defizit-Staaten, erheblich gestützt worden sind. Nach viertägigen Marathon-Verhandlungen hat es nun ein Ergebnis in Brüssel gegeben.

Allerdings ist dieses Ergebnis mit erheblichen finanziellen Zugeständnissen an Österreich und die Niederlande erkaufte worden. Trotzdem mussten Merkel und Macron Federn lassen. Sollte nach ihrer Vorstellung der Aufbaufonds ursprünglich aus 500 Milliarden nicht rückzahlbarer „Zuschüsse“ beinhalten, sind das jetzt 390 Milliarden, immer noch 10 Milliarden unter der von Merkel und Macron angegebenen nicht verhandelbaren „Untergrenze“.

Erinnert sei daran, dass der Merkel-Macron-Plan, demzufolge Zuwendungen aus dem Fonds in Form von Zuschüssen fliessen sollen, durch eine 180-Grad-Wende von Bundeskanzlerin Angela Merkel zustande kam. Vorher war die Kanzlerin der Meinung, wie die „sparsamen Vier“, dass der Fonds nur Kredite vergeben dürfe, die von dem Empfängerland später zurückgezahlt werden müssen. Doch wie schon bei der Griechenland-Rettung 2010 – als Merkel zunächst das Bail-Out-Verbot des EU-Vertrags einhalten wollte – ist die Kanzlerin nun erneut vor den Forderungen Frankreichs, Italiens und Spaniens eingeknickt. Auf deren Drängen soll der Fonds seine Mittel als Zuschüsse gewähren. Sie können als die am stärksten von der Coronakrise betroffenen Länder, Hoffnungen auf die höchsten Zuschüsse machen.

Die Rückzahlung der Anleihen über den EU-Haushalt sorgt dafür, dass Deutschland, das den höchsten Beitrag in die EU-Kasse zahlt, auch für das Gros der Tilgung der Anleihen geradesteht. Es sind also Gemeinschaftsanleihen, für die Deutschland seine Bonität „verleiht“ und anteilig verbürgt. Entsprechend des deutschen Anteils am EU-Haushalt müssen die deutschen Steuerzahler rund 135 Milliarden Euro der für den Fonds aufgenommenen Kredite zurückzahlen.

Macron plädiert sogar dafür, den Länderschlüssel so zu ändern, dass die Hauptempfängerländer der Zuschüsse einen geringeren Anteil der Rückzahlung übernehmen. Setzt er sich damit durch, werden die Südländer noch stärker zu Nettoempfängern, Deutschland hingegen zum Nettozahler des Fonds. Bis zum Eurobond, bei dem wegen der gesamtschuldnerischen Haftung im Kreditfall einer für alle steht, ist es dann nicht mehr weit.

Mit dem Wiederaufbaufonds ist Macron seinem Ziel ein Stück näher gekommen, die EU unter öffentlichkeitswirksamer Solidaritäts-Propaganda weiter zu einer Transferunion umzubauen, die eine von französischen Machtambitionen bestimmte Eigenstaatlichkeit entwickelt und von Deutschland als wichtigster Transferquelle finanziert wird.

Tatsächlich hat unsere Kanzlerin in Brüssel vier Tage darum gebettelt, unser Steuergeld zu verschleudern. Das Argument, Transferzahlungen aus Deutschland an Italien und Co dienen der ökonomischen Absicherung wichtiger Exportmärkte und lägen damit im eigenen Interesse Deutschlands, ist absurd. Stimmt das, müsste Deutschland zuerst Transferzahlungen an die USA und China leisten. Laut WirtschaftsWoche ist das „Argument ökonomisch von ähnlicher Güte wie der Versuch eines Würstchenbudenbesitzers, seinen Umsatz dadurch anzukurbeln, dass er seinen Kunden Geld schenkt, damit sie ihm anschliessend seinen Würstchen abkaufen“.

Wenn jemand die Hoffnung gehabt haben sollte, dass Sebastian Kurz und Mark Rutte diese Voodoo-Ökonomie stoppen würden, war das von Anfang an vergeblich. Für ganze Sachen sind Politiker zu feige. Aber schon das halbe Stopp-Zeichen ist ein Desaster für Merkel. Statt als Ratspräsidentin die Abweichler

zu disziplinieren, haben die ihr gezeigt, wo der Hammer hängt. Merkel wird die EU nicht neu einen, sondern noch tiefer spalten. Spätestens wenn Deutschland als Hauptzahler ausfällt oder nicht mehr voll liefern kann, weil die finanzielle Basis bröckelt, bricht der EU-Laden auseinander. Dann kommt nach dem Tischlein deck dich, Eselein streck dich, der Knüppel aus dem Sack.

Zu welchen Mitteln die Merkel-Medien greifen müssen, um statt einer Niederlage einen kleinen Erfolg zu vermelden, haben die heutigen Morgen-Nachrichten gezeigt. Da hiess es, Merkel hätte eine zusätzliche Milliarde Strukturhilfe für Deutschland ausgehandelt. Die solle vor allem den ländlichen Räumen zugutekommen. Donnerwetter! Wenigstens 135 Milliarden wurden von der Kanzlerin der EU versprochen, dafür bekommt Deutschland 1 Milliarde! Wenn die 135 Milliarden in unser Land investiert würden, hätten wir keine Strukturprobleme mehr, die Schulgebäude samt Toiletten befänden sich in einem ordentlichen Zustand und die Wirtschaft könnte sich erholen. Auf die Milliarde EU-Mittel könnten wir dann gern verzichten und sie als Solidarbeitrag den Südländern zur Verfügung stellen. Indem wir uns genutzt hätten, wäre gleichzeitig der EU gedient, denn Deutschland bliebe als wirtschaftlicher Motor der EU erhalten. Leider bleibt das ein Traum, solange Merkel an der Macht ist.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2020/07/21/wie-vertuscht-man-eine-krachende-niederlage/>

Köln, Stuttgart, Frankfurt

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 23. Juli 2020
Von Gastautor Steffen Meltzer, zuerst erschienen auf achgut

Köln, Stuttgart, Frankfurt am Main. Alle drei Metropolen haben inzwischen eines gemeinsam: Massenhafte Ausschreitungen durch ein Publikum, das überwiegend aus Migranten und „Geflüchteten“ besteht. Diese werden in den Medien gern als „junge Männer“ verklausuliert. Diese Begrifflichkeit soll ein gewisses Verständnis beim Leser oder Zuhörer erzeugen. Deshalb muss immer wieder propagiert werden, dass weltweit junge Männer, einschliesslich der Biodeutschen, die meisten Straftaten begehen.

Haben wir nicht alle mindestens einmal über die Stränge geschlagen, als wir jung waren? Ich selbst kann mich allerdings nicht daran erinnern, Flaschen und Steine auf Polizisten geworfen oder Auseinandersetzungen mit einem Kontrahenten mit einem gezogenen Messer „geregelt“ zu haben. Zu meiner Zeit hat man vom Gegner abgelassen, wenn er am Boden lag und aufgegeben hat. Kaum einer wäre damals auf die Idee gekommen, mehrfach mit seinen klobigen Schuhen auf den ungeschützten Kopf zu springen, um dessen Schädel zu sprengen. Ja die Zeiten haben sich geändert. Wer sich nicht auf die veränderte „Konfliktkultur“ einstellt, kann schnell ins Hintertreffen geraten, dabei sogar sein Leben verlieren.

Natürlich darf und muss man auf den Rechtsstaat hoffen, wenn man Opfer einer Straftat wurde. Das Recht muss nicht dem Unrecht weichen, so steht es geschrieben. Bei einer Auseinandersetzung ist die lautstarke Flucht mitunter trotzdem die eindeutig bessere Lösung. Die Friedhöfe liegen voller Helden, die nicht erahnt hatten, mit wem sie es tatsächlich zu tun bekamen. Eine tragische Fehlbeurteilung der Gefahrenlage, für die es keine zweite Chance gab.

Praktisch eine Einladung zur Wiederholung

An der Kölner Domplatte attackierten einst etwa tausend „junge Männer“ vor allem Frauen und die Polizei. Immerhin hatte die Politik einen Ratschlag aus dem Hut gezaubert. Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker lächelte locker in die Kameras: „Halten Sie eine Armlänge Abstand!“ Das tue ich zum Beispiel, wenn ich mit einem netten Nachbarn plaudere. In unserem mitteleuropäischen Kulturkreis gilt die soziale Distanz beim Austausch von Belanglosigkeiten. Den Ratschlag könnte man auch so auffassen: Liebe Frauen, bleibt besser in euren Wohnungen, selbst schuld, wenn euch dann im feindlichen Leben etwas passiert.“

Die Kölner Täter stammten dem äusseren Eindruck nach aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum. Davon wurden lediglich 37 verurteilt, davon gerade einmal sechs wegen Sexualstraftaten. Welche Urteile konkret gesprochen wurden, ist mir nicht bekannt. Waren darunter Bewährungs- und Haftstrafen oder wurde Sozialarbeit aufgebremst? Als wie nachhaltig haben sich diese Urteile herausgestellt, hatten sie abschreckende Wirkungen? Dazu fehlt mir der Glaube.

Das zeigen nicht zuletzt die Vorkommnisse in Stuttgart und Frankfurt. Während in Köln noch versucht wurde, die schrecklichen Ereignisse in der Silvesternacht zu verschweigen, wollte man in Stuttgart der Bevölkerung einreden, hier wäre lediglich eine Party- und Eventszene aus dem Ruder gelaufen. In Frankfurt wurden 39 Tatverdächtige zu den Polizeidienststellen verbracht und daraufhin prompt wieder freigelassen. Praktisch eine Einladung zur Wiederholung. Es handelte sich um einschlägig polizeilich bekannte Personen aus Syrien, Marokko, Spanien, der Türkei und Afghanistan. Diese waren im Vorfeld bereits durch Diebstähle, Körperverletzungen, Drogenmissbrauch und als Drogendealer aufgefallen. Bei dem Einsatz gegen die Straftäter gab es fünf verletzte Polizeibeamte zu beklagen.

Die Freilassung der Tatverdächtigen ist mehr als nur ein fatales Zeichen, nicht nur an unsere Polizei, sie ist auch eine politische Bankrotterklärung. Die Absperrung des Frankfurter Opernplatzes, freitags und

samstags, ist ein tiefgreifendes Signal der Hilflosigkeit gegenüber einer randalierenden Minderheit. Weil es der Staat nicht mehr schafft, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu garantieren, werden individuelle Freiheiten für alle Bürger eingeschränkt.

Polizisten werden täglich mit der Lebensrealität konfrontiert

Was wir gegenwärtig erleben, ist die Erosion des Rechtsstaates und seiner Vertreter an der Front, der Polizei. Die Beamten als Prügelknaben eines linksgrünen Zeitgeistes. Diejenigen, die die Ereignisse in den USA eins zu eins auf Deutschland und die deutsche Polizei übertragen, befürchten gleichzeitig, dass immer mehr Polizeibeamte die AfD wählen. Das zeigt mir nur, dass den Protagonisten bewusst ist, dass sie die öffentliche Meinung in ihrem Sinne manipulieren und wissen, dass die Realität nicht so aussieht, wie sie es gerne hätten. Im Gegensatz zu den Ideologen im virtuellen Schützengraben werden Polizisten täglich mit der Lebensrealität konfrontiert. Es ist billig und gefährlich, auf Kosten der Polizei politischen Profit zu generieren.

Das Erbe der RAF, die Polizisten als „Schweine in Uniform“ bezeichneten, die man auch „abknallen“ kann, ist in den Köpfen allgegenwärtig. Die Entmenschlichung unserer Polizei schreitet mit Riesenschritten voran. Der Linksextremismus ist schon lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dabei jagen die Medien die Politik mit ihren gebetsmühlenartigen Suggestivfragen vor sich her, ob unsere Polizei strukturell rassistisch und sowieso illegitim gewaltbereit sei. Über das vorgehaltene Stöckchen wird dann auch brav gesprungen, damit es der eigenen politischen Karriere nützt.

Der Kreis schliesst sich, indem Linksradikale und Migrant*innen ihre Flaschen- und Steinwürfe gegen Polizeibeamte damit begründen, dass die einschreitenden Polizisten umzuerziehen wären, da sie potenziell rassistische Banden seien. Diese Straftäter wären geradezu unterbelichtet, wenn sie diese ausgedachten Steilvorlagen nicht nutzen würden. Schon entsteht die „gute Gewalt“ auf der Seite der „richtigen Sache“. Andere nennen es „Zivilcourage einer Zivilgesellschaft“, darauf muss man erst einmal kommen. Politiker und „Experten“ mischen bei diesen geschürten Vorurteilen gern mit, indem sie die Ausschreitungen durch die „angestaute Energie“ der Coronabeschränkungen und dem Vorwurf des Rassismus begründen. Das Berliner „Antidiskriminierungsgesetz“ ist ein Beispiel, das agierende Beamte unter einen Generalverdacht stellt. Wenn man seine Polizei derartig schwächt, muss Absicht dahinterstecken.

Disziplinierung und Einschüchterung

Die Beamten selbst sollen dabei durch einen auferlegten Rechtsextremismusverdacht diszipliniert und eingeschüchtert werden. Wer aufbegehrt, wird durch ein geschicktes Beurteilungssystem klein gehalten oder gleich ins Kranksein gemobbt. Schlecht für die, die ein Haus abzuzahlen und Kinder im Haushalt haben. Die Unzufriedenheit ist sehr gross und schlägt aufs Gemüt. Eine ganze Reihe Beamter würde gern einem anderen Beruf nachgehen, wenn es nicht diese persönlichen finanziellen Zwänge gäbe. Den Ausspruch: „Das ist nicht mehr meine Polizei“ vernahm ich nur allzu oft, Tendenz stark steigend.

Apropos: Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, was tun diese vielen nicht integrierbaren „jungen Männer“, wenn der deutsche Steuerzahler nicht mehr in der Lage ist, sie ausreichend zu alimentieren? Falls in Ihnen jetzt eine dunkle Vorahnung aufzieht, liegen Sie vermutlich genau richtig. Keine Polizei der Welt kann dann die Unversehrtheit für die Bevölkerung sicherstellen.

Steffen Meltzer hat als Polizeitrainer 15 Jahre lang Polizeibeamte fortgebildet (zum Beispiel Schiesstraining, Amoklagen und anderes). Er ist Autor von Ratgeber Gefahrenabwehr: „So schützen Sie sich vor Kriminalität – Ein Polizeitrainer klärt auf.“

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2020/07/23/koeln-stuttgart-frankfurt/>

Lucid Dreaming: Internationale Studie weist auf neue und effektivste Methode für Klarträume

Andreas Müller 23/07/2020

Adelaide (Australien) – In der „International Lucid Dream Induction Study“ (ILDIS) hat ein Psychologe die Effektivität unterschiedlicher Methoden zur Herbeiführung sogenannter luzider Träume untersucht und dabei auch fünf Kombinationen der Methoden zum Auslösen der „Klarträume“ erforscht. Das Ergebnis ist eine neue Methode, die noch besser funktionieren und dabei helfen soll, Traum inhalte gezielt herbeizuführen und sogar kontrollieren zu können. Die Technik soll auch bei der Bewältigung von Traumata in Folge von Pandemien helfen.



Symbolbild: Traum (Illu.). Copyright: Kellepics (via Pixabay.com) / Pixabay License

Symbolbild: Traum (Illu.).

Copyright: Kellepics (via Pixabay.com) / Pixabay License

Als typische Anzeichen für luzides Träumen gelten das Wissen darum, dass man gerade träumt. Das Lösen aus der eigentlich für normale Träume typischen Ich-Perspektive und das Gefühl, den Traum selbst bzw. dessen Verlauf und Handlung kontrollieren zu können. Tatsächlich zeigten auch die Aufzeichnungen der Hirnaktivität bei klarträumenden Personen vermehrt charakteristische Muster im sog. Gamma-Frequenzband. Darüber hinaus hat die Praktik des Klarträumens in vielen Kulturen eine schon jahrtausendealte Tradition. Schon der antik-griechische Philosoph Aristoteles bemerkte in seinem Werk "Über Träume": "Oft nämlich sagt einem, wenn man schläft, etwas in seinem Bewusstsein: Was dir da erscheint, ist nur ein Traum." Im Buddhismus strebt das sogenannte Traumyoga die <geistige> Klarheit während sonst unbewusster Phasen an. Andere Forscher sehen im luziden Träumen auch eine Methode zum Kontakt entweder mit Verstorbenen (Transkommunikation) oder Wesen aus anderen Dimensionen und somit zum Erlangen von "fremdem Wissen".

Wie Dr. Denholm Aspy von der University of Adelaide aktuell im Fachjournal „Frontiers in Psychology“ (DOI: 10.3389/fpsyg.2020.01746) berichtet, gibt es ganz unterschiedliche Methoden, luzide Träume herbeizuführen. Bisherige Untersuchungen darüber, wie effektiv die jeweiligen Methoden tatsächlich sind, seien bislang nicht umfassend gewesen.

Schon 2018 hatte Aspy in einer Studie verschiedene Methoden miteinander verglichen. Dabei hatte sich gezeigt, dass mit der sogenannten Mnemonic Induction of Lucid Dreams (MILD)-Methode in 17 Prozent der Erstversuche Klarträume herbeigeführt und damit die besten Ergebnisse erzielt werden konnten. Dieses "gedächtnis-induzierte Klarträumen" besteht aus Autosuggestionen und Übungen, durch die Traumzeichen als solche erkannt werden sollen. Dadurch soll man sich im Traum des Träumens und der Absicht zum Klarträumen bewusst werden, um so einen Klartraum auszulösen.

Für seine neue Studie hatte Aspy zufällig 355 Freiwillige ausgewählt, die fünf unterschiedliche Methoden oder Kombinationen für luzides Träumen ausprobieren sollten. Hierbei handelte es sich um das sogenannte Reality Testing (RT = Wenn sich der Träumer mehrfach bewusst versichert, ob er gerade träumt oder nicht), Wake Back to Bed (WBTB = Nach 5 Stunden wecken lassen, um dann eine Weile wach zu bleiben und dann bewusst direkt in den traumreichen REM-Schlaf überzugehen), MILD sowie die als "Senses Initiated Lucid Dream" (SSILD) bezeichnete Methode – einer Kombination aus MILD und SSILD. Bei SSILD lassen sich die Schlafenden nach 5 Stunden wecken, um sich sodann 20 Sekunden lang aufmerksam zu konzentrieren, um dann wieder einzuschlafen.

In der aktuellen Studie konnten die Psychologen die Ergebnisse der Studie von 2018 mit MILD als erfolgversprechendste Methode, nun jedoch anhand einer deutlich grösseren Gruppe bestätigen. Zugleich zeigt sich an selbiger Gruppe aber auch, dass SSILD in etwa gleich effektiv wirkt. Hinzu zeigte sich, dass eine

Kombination aus MILD und SSILD die Erfolgsrate verdoppelte. Ebenfalls bestätigen konnte die neue Studie die früheren, signifikant schlechteren Ergebnisse für die anderen beiden Methoden (RT und WBTB). In den neuen Untersuchungen zeigte sich hinzu, dass mehr als die Hälfte der Studienteilnehmer bereits zuvor luzide Träume erlebt hatten und willens waren zu lernen, diese häufiger und gezielter herbeizuführen.

Laut Aspy gehen die Vorteile des luziden Träumens jedoch über den reinen Spass und Faszination an Klarträumen hinaus: „Viele Klarträumer berichten davon, dass sie ihre Klarträume auch zur Bewältigung tatsächlicher Probleme im Wachzustand nutzen oder die Methode einsetzten, um sich auf Herausforderungen vorzubereiten.“ Auch und gerade in Zeiten von krisenbedingten Beschränkungen, etwa aufgrund von Pandemien, könnte die Methode eine Hilfe bei der Bewältigung der sozialen Distanz ermöglichen: „Eine mögliche Anwendung des Klarträumens ist die, dass wir, während wir träumen, lebhaft und lebensechte, erfüllende Erlebnisse haben können – Erlebnisse, die wir nicht machen können, wenn wir wach sind. Auch bei der Bewältigung der in Folge der aktuellen Corona-Krise zahlreich berichteten Alpträume könne luzides Träumen helfen.

– Die vollständige aktuelle Studie finden Sie HIER (Anmerkung:

Siehe:

<https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyg.2020.01746/full>)

Quelle: <https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/lucid-dreaming-internationale-studie-weist-auf-neue-und-effektivste-methode-fuer-klartraeume20200723>

Die «Schweigespirale» durchbrechen

Andreas Glarner, Nationalrat SVP AGVERÖFFENTLICHT AM 24. JULI 20200

Stehen wir zur eignen Meinung

«Schweigespirale» nennt sich ein Teil der in den 1970er-Jahren von Elisabeth Noelle-Neumann formulierten Theorie der öffentlichen Meinung. Demnach hängt die Bereitschaft vieler Menschen, sich öffentlich zu ihrer Meinung zu bekennen, von der Einschätzung des Meinungsklimas ab.

Widerspricht die eigene Meinung der als vorherrschend betrachteten Meinung, so gibt es Hemmungen, diese zu äussern, und zwar um so stärker, je ausgeprägter der Gegensatz wird; daher der Begriff der Spirale. Es wird eine bestimmte Meinung als angebliche Mehrheitsmeinung präsentiert und Andersdenkende werden so unter Druck gesetzt, dass sie sich nicht mehr andersartig äussern.

Meinungsklima

Die klassischen Medien und auch die «sozialen Medien» schaffen zweifelsohne dieses Meinungsklima. Meinungen, die den Linken und Netten nicht passen, werden als politisch unkorrekt dargestellt.

So wird beispielweise oft die Meinung der SVP-Sympathisanten und -Wähler als die Meinung von Minderheiten dargestellt und die Partei in die Schmutzdecke gedrängt. Aber auch Unternehmungen, welche sich nicht dem Meinungsterror unterordnen, werden abgestraft.

Wer steht noch hin?

Leider trauen sich deshalb immer weniger Schweizer, ihre persönliche Meinung zu äussern und dafür hinzustehen. Beispiel gefällig? Bei den Vorgängen rund um den bei einem absolut unverhältnismässigen Polizeieinsatz in Minneapolis leider verstorbenen Afroamerikaner George Floyd demonstrierten zehntausende Menschen. Die Demonstrationen arteten in Plünderungen und Brandschatzungen aus. In den ersten Tagen wurde ein weisser Barbesitzer vom Mob umgebracht – für ihn gab es aber keine Proteste.

Wer sich traute, darauf hinzuweisen, dass es sich bei George Floyd nicht um einen Helden, sondern um einen mehrfach vorbestraften Gewaltverbrecher handelte, wurde von den Medien entweder totgeschwiegen oder einem Shitstorm preisgegeben! Auch dass Floyd bei seiner Verhaftung komplett unter Drogen stand, wurde natürlich nicht erwähnt. Ein paar überkorrekte Migros-Manager verstiegen sich sogar dazu, die beliebten Dubler-Mohrenköpfe aus dem Sortiment zu nehmen – wohlverstanden wegen eines Ereignisses im fernen Amerika ...

Lehrlinge bei Aldi

Ein weiteres, klassisches Beispiel: Weil ich in einem Facebook-Post darauf aufmerksam machte, dass 19 von 20 Lehrabgängern des Verkaufsgebietes «Perlen» von ALDI Schweiz keinen Schweizer Namen mehr tragen, wurde ein gewaltiger Shitstorm entfacht. Natürlich nur, um nicht Gefahr zu laufen, dass die Begrenzungsinitiative der SVP Schweiz thematisiert wird. Genau das war nämlich meine Absicht. Keineswegs wollte ich junge Lehrabgänger angreifen. Es ist ja erfreulich, wenn diese eine Lehre absolvieren und dann die LAP sogar noch erfolgreich bestehen.

Aber man überlege: Wenn sich im Bereich der Lehrling bei gewissen Berufen schon kaum mehr ein Schweizer findet – wie sieht es wohl in den Kindergärten und Schulen aus? Und die zahlreichen Zuschriften von Schweizer Eltern, deren Kinder keine Lehrstelle finden, sprechen Bände.

Gesunder Menschenverstand

Es ist aber interessant: Sobald sich jemand noch getraut, in einem Kreis von Menschen die «Schweigespirale» zu durchbrechen, äussern sich schnell weitere Umstehende ebenfalls in unserem Sinne. Meist ist es ja «nur» gesunder Menschenverstand – aber leider wollen die Linken, die Netten und die Medien nicht, dass solcher noch zum Ausdruck kommt.

Man müsse doch politisch korrekt sein. Ausser, wenn man dem muslimischen Glauben angehört. Dann verzeihen einem die Linken sogar Schwulenhass, Kinderehen und das Prügeln von Frauen, weil die Religionsfreiheit im Falle des Islams doch nicht hoch genug gewürdigt werden kann ...

Seien wir mutig!

Es muss uns gelingen, diese «Schweigespirale» zu durchbrechen. Wir freien Schweizer müssen unsere Meinung jederzeit und ungefiltert äussern können – auch wenn diese Meinung den Linken, den Netten und den politisch Überkorrekten nicht passt. Es muss wieder salonfähig werden, sich zu bürgerlichen Werten und zu den Werten unseres Landes zu bekennen. Es muss wieder en vogue sein, diese Werte zu vertreten. Dies ist nur möglich, wenn es uns gelingt, der öffentlichen und nicht der veröffentlichten Meinung zum Durchbruch zu verhelfen!

Es muss ein Ruck durch unser Land gehen – trauen wir uns wieder zu sagen, was wir denken. Stehen wir für unsere Meinung hin und kämpfen wir für unsere Überzeugung. Ich weiss, dies braucht Mut – aber es lohnt sich! Quelle: <https://schweizerzeit.ch/die-schweigespirale-durchbrechen/>

Redaktions-Artikel

24. Juli 2020 um 9:19



Ein Artikel von: Redaktion

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=63205>

Neue Atomwaffentests, die die USA in Erwägung ziehen, die Aufkündigung des Abrüstungsvertrags INF, eine Verharmlosung in der Sprache von Politik und Medien, wenn es um die atomare Bedrohung geht: Das Thema Atomwaffen ist brandaktuell, aber nicht nur die Institutionen, auch die Gesellschaft tut sich schwer, damit umzugehen. Matthias van der Minde, der sich in seinem Buch „Die Dialektik der Bombe – Chronologie und Kritik des atomaren Zeitalters“ mit der Bedrohung auseinandersetzt, beleuchtet für die

NachDenkSeiten in einem Interview die aktuellen Entwicklungen. „Die Lage“, sagt van der Minde, „ist von Beginn an komplex“, doch bedeute das nicht, dass in der Gemengelage „keine Hauptverantwortlichen mehr“ auszumachen seien. Dies ist der erste Teil eines zweiteiligen Interviews. Von Marcus Klöckner.

Gibt man bei einer großen Suchmaschine die Formulierung „nukleare Teilhabe“ ein, spuckt diese derzeit rund 58.000 Treffer aus. Was auffällt: Es gibt sehr viele Beiträge in großen Medien, die diesen Begriff gebrauchen – ganz ohne Distanzierung.

Was sind Ihre Gedanken, wenn Sie davon hören, dass in den Medien von einer „nuklearen Teilhabe“ gesprochen wird?

Gute Frage – welche Gedanken? Das Perfide an dieser Begrifflichkeit ist ja, dass sie zum einen harmlos klingt – „Teilhabe“ wirkt durchweg positiv, fast wie „Demokratie“ – und dass sie zum anderen so sehr in den kollektiven Sprachgebrauch eingedrungen ist, dass eben kaum noch jemand aufhorcht, wenn von „nuklearer Teilhabe“ die Rede ist; dass sich eben kaum noch jemand Gedanken macht. Dabei sprechen wir immerhin über Waffen, von denen Einzelne jeweils einen hunderttausendfachen Massenmord verüben könnten. Hinter all den sogenannten „rationalen“ oder „strategischen“ Überlegungen stecken potentiell Hunderte oder Tausende von Hiroshimas und Nagasakis.

Das Prinzip ist auch aus der neoliberalen Sprache bekannt. Wenn es beispielsweise um Entlassungen und Kündigungen geht, wird davon gesprochen, dass Arbeitnehmer „freigestellt“ werden. Was bedeutet es, wenn Medien diese Begrifflichkeit verwenden? Birgt das Gefahren?

Medien spiegeln eine gesamtgesellschaftliche Unfähigkeit wider, den atomaren Status Quo zu hinterfragen.

Die sogenannte „nukleare Teilhabe“ erschien aus US-Sicht seit jeher stringent: Die Verbündeten wie Deutschland, Italien, Belgien oder Türkei werden an die große Schutzmacht gebunden, ihre geographische Lage wird genutzt – ohne dass diese Staaten selbst nach der Bombe und damit nach strategischer Eigenständigkeit greifen. Die finale Entscheidung über die Androhung oder gar Durchführung eines atomaren Angriffs bleibt natürlich bei den USA. Es ist insofern keine „Teilhabe“, sondern eine Vergrößerung der US-amerikanischen Atomschlagkapazitäten. Ob dies überhaupt im Einklang mit dem Nichtverbreitungsvertrag von 1970 sein kann, bleibt umstritten – was sämtlichen Administrationen in USA, Deutschland und Co. allerdings ohnehin stets egal war.

Ähnlich wie Franz Josef Strauß damals den Begriff des „Atomwaffensperrvertrages“ erfolgreich prägte – bis heute – so hat sich auch der Euphemismus der „nuklearen Teilhabe“ in Politik, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft eingemischt. Das hätte nicht so kommen müssen. Die NATO präferiert zwar diese gesellschaftliche Blindheit gegenüber ihrem atomaren Overkill, einen uns unterwerfenden Masterplan dahingehend gibt es aber nicht. Wir, die Gesellschaft, sind schon selber schuld, dass wir diese „nukleare Teilhabe“ noch dulden; wir hätten spätestens nach Beendigung des Ost-West-Konflikts darauf drängen müssen, eine andere, bewusste Weltordnung aufzubauen.

Im vergangenen Jahr sind die USA aus dem INF-Vertrag ausgestiegen. Kurz: Was hat es mit diesem Vertrag auf sich?

Der INF-Vertrag, 1988 in Kraft getreten, war der erste wirkliche Abrüstungsvertrag des Kalten Krieges; bis dato gab es nur Verträge, die großzügige Obergrenzen für Waffen und Trägersysteme festgeschrieben haben. Der INF-Vertrag jedoch verlangte Abzug und Zerstörung aller US-amerikanischen und sowjetischen bzw. russischen landgestützten Raketen und Marschflugkörper sogenannter mittlerer und kürzerer Reichweite.

Also Reichweiten zwischen 500-5.500 Kilometern. Die allgemein verwendete Bezeichnung für so etwas ist „Mittelstreckenrakete“. Bis 1991 vernichteten die USA und die Sowjetunion im Rahmen des Vertrages 846 US-amerikanische und 1846 sowjetische Raketen. Der INF-Vertrag war auch der erste, der eine umfangreiche „Verifikation“ vorsah, also gegenseitige Kontrollen der jeweiligen Abrüstungsverpflichtungen.

Was waren Ihre Gedanken, als Sie von der Aufkündigung des Vertrages gehört haben?

Ich war darüber nicht mehr empört, weil die INF-Kündigung seitens der Trump-Administration, neben all den anderen Regime-Aufkündigungen von Open Skies bis Pariser Klimaabkommen, erwartbar und angekündigt war. Ich kann nur hoffen, dass die US-amerikanischen Wählerinnen und Wähler im Herbst diesen Spuk beenden und wir anderen in der Zwischenzeit lernen, das Thema Atomwaffen ernstzunehmen und dementsprechend zivilgesellschaftlich zu handeln.

Außerdem: Es ist kein Geheimnis, dass Russland Trägersysteme entwickelt, die den Gehalt des INF-Vertrages verletzen. Es wäre aber an den USA als militärisch und ökonomisch überlegenem sowie politisch einflussreicherem Akteur gewesen, den absehbaren Weg der Entfremdung und gegenseitigen militärischen Aufrüstung zu durchbrechen und – im Sinne des GRIT-Programms von Charles Osgood aus dem Kalten Krieg (Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension Reduction) – den ersten Schritt hin zum Kontrahenten zu wagen. Die meisten Denkschulen der internationalen Beziehungen würden in einem solchen Fall davon ausgehen, dass die Wahrscheinlichkeit hoch wäre, dass sich Russland einer solchen

Diplomatie-Offensive sowie einem eventuellen Folgevertrag mitsamt Verifikation der Vertragsbedingungen nicht entziehen könnte.

Also auf Deeskalation setzen?

Natürlich. Aber das wurde nicht getan. Stattdessen hat man den INF-Vertrag mitsamt den jahrzehntelang aufgebauten Erfahrungen und Vertrauensverhältnisse aufgekündigt – was allerdings Trumps pathologischer Rolle der beleidigten Leberwurst viel eher entspricht als eine ernst gemeinte und gut geplante Vertragsrettung und -verlängerung.

Im Mai haben die USA erstmals seit 1992 wieder einen Atomwaffentest in Erwägung gezogen. Worum geht es dabei? Die zerstörerische Wirkung dieser Waffen ist bekannt. Sind das Muskelspiele?

Jetzt einen Atomtest durchzuführen, so dumm kann noch nicht mal Trump sein. Das erscheint eher ein schlechter Versuch zu sein, die rationale Irrationalität eines Richard Nixon und Henry Kissinger zu imitieren. Russland und China sollen sich offenbar eingeschüchtert fragen, was die US-Regierung wohl als nächsten genialen, unerwarteten Schachzug präsentiert. Dabei sind klassische atmosphärische oder unterirdische Atomtests seit Jahrzehnten nicht mehr notwendig, die großen Atommächte testen die Funktionstüchtigkeit ihrer Waffen schon längst in Laboren oder mit Computersimulationen.

Langfristig verhängnisvoller als solche – in der Tat – „Muskelspiele“ ist die abseits der großen medialen Aufmerksamkeit betriebene Modernisierung des US-Atomwaffenarsenals.

Warum?

Sie geht einher mit der Präzisierung der US-Atomwaffendoktrinen seit der Bush-Junior-Administration, zuletzt 2018 mit der neuen „Nuclear Posture Review“ der Trump-Regierung. Die Letztere kreist um das Konzept der maßgeschneiderten Abschreckung, der tailored deterrence, in deren Rahmen die USA auf jedwede Art der Bedrohung den Umständen entsprechend, auch mit „präzisen“ Atomschlägen, reagieren könnten. Für Otfried Nassauer sind Ziel und Ergebnis der tailored deterrence „ein besser einsetzbares nukleares Kriegsführungspotential.“

„Präzise Atomschläge“. Ist das auch wieder eine verniedlichende Formulierung?

Ja, „präzise“ heißt hier, etwa eine große Militäranlage oder unterirdische Bunker mit potentiell vielen hundert Menschen darin atomar zu vernichten; nicht aber eine Großstadt mit Hunderttausenden von Einwohnern. Dennoch ist der Begriff vollkommen zynisch, da selbst diejenigen Atomwaffen mit „geringer“ Sprengkraft (low-yield warheads), die im Rahmen der vorhin erwähnten Modernisierung seit Anfang 2020 auf Langstreckenraketen in US-amerikanischen U-Booten stationiert werden, immer noch rund acht Kilotonnen TNT-Äquivalent entfachen; die Hiroshima-Bombe entwickelte 12,5 Kilotonnen, ist also mit diesen neu stationierten Sprengköpfen durchaus vergleichbar – insofern kann von „präzise“ keine Rede sein. Eine solche Waffe tötet nicht nur Kriegsteilnehmer, sondern durch ihre enormen Hitze- und Druckwellen und durch die langanhaltende Radioaktivität immer auch Zivilisten – und verletzt demnach das grundlegende Prinzip des sogenannten „Humanitären Völkerrechts“ oder „Kriegsrechts“, wonach zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unterschieden werden muss.

Eine weitere Modernisierung ist die super-fuze-Technologie, die Sprengköpfe auf Interkontinentalraketen noch zielgenauer über möglichen Feindobjekten zünden lässt. Und ein weiteres potentielles Schlachtfeld der Zukunft ist das Weltall: Russland entwickelt gerade Anti-Satelliten-Raketen, die US-Fähigkeiten zur Kriegsführung empfindlich treffen könnten; auch andere Länder vergrößern ihre technischen Möglichkeiten, den Weltraum für ihre militärischen Zwecke zu nutzen – die USA werden sich dies sicherlich nicht gefallen lassen.

Verhängnisvoll sind diese Entwicklungen, weil sie dazu führen können, dass zukünftige Akteure, etwa in den Regierungen von den USA und Russland, ihre Entscheidungen durch solche Doktrinen und modernen Waffen beeinflussen lassen werden. Wenn die Doktrin präzise Atomschläge ermöglicht, wenn das Arsenal es ermöglicht – dann ist es nicht ausgeschlossen, dass der scheinbar freie politische Wille sich auch davon leiten lässt.

Wir haben es im Hinblick auf die Atomwaffen mit mehreren „Playern“ zu tun.

Und ziemlich komplexen politischen Verhältnissen. Oder?

Ja! Die gängige Erzählung, früher im Kalten Krieg sei alles übersichtlich gewesen, heute bedrohten „Schurkenstaaten“ wie Nordkorea oder Iran die „Weltordnung“, simplifiziert allerdings die Lage. Früher war es auch kompliziert.

Inwiefern?

Denken Sie etwa allein an das Jahr 1979, in dem das kommunistische China im kommunistischen Vietnam einfällt – die CIA war eingeweiht –, um der Welt zu zeigen, dass die kommunistische Sowjetunion ihren Beistandspakt mit Vietnam nicht erfüllt.

Außerdem – das ist wichtig zu betonen – ist die Zahl der „Player“ nicht so hoch, wie US-Präsident Kennedy und andere Anfang der 1960er Jahre fürchteten, dass sie es werde. Daran hat der Nichtverbreitungsvertrag einen wesentlichen Anteil. Harald Müller und Andreas Schmidt haben untersucht, dass zum Beispiel nach In-Kraft-Treten des Vertrags nicht eine einzige Demokratie mehr damit begonnen habe, ein Atomwaffenprogramm zu entwickeln.

Des Weiteren steht zumindest die atomare Gefahr, die heute von sogenannten „Schurkenstaaten“ wie Nordkorea und Iran ausgeht, in keinem Verhältnis zu derjenigen, die von den Overkill-Arsenalen von den USA und Russland ausgeht. Was stimmt: Auch die nordkoreanischen Atomraketen könnten Millionen Menschen töten – aber die heute oft verbreitete Weltdeutung, in der die frühere übersichtliche Bipolarität durch Iran, Nordkorea, Indien und Pakistan aufgelöst worden sei, verschleiert nur den Unwillen der beiden Großen, von ihren alles dominierenden Arsenalen zu lassen.

Die Lage ist also von Beginn an komplex – doch das heißt nicht, darin keine Hauptverantwortlichen mehr für die ganz große Gefahr ausmachen zu dürfen.

Wegen Hilfe für Nord Stream 2: Hafenstadt auf Rügen will den USA nicht ins Netz gehen – Exklusiv© AFP 2020 / STEFAN SAUER

16:47 25.07.2020(aktualisiert 17:10 25.07.2020)Zum Kurzlink
Von Liudmila Kotlyarova



Im Hafen Mukran in Sassnitz auf der Ostseeinsel Rügen werden Röhren für den Bau der Nord Stream 2-Pipeline verladen, 2019

Da die Hafenstadt Sassnitz das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 angenommen und abgearbeitet hat, muss sie nun mit neuen US-Sanktionen rechnen. Im Gespräch mit Sputnik zeigen der Bürgermeister der Stadt, Frank Kracht, und sein Chef der Wirtschaftsförderung, Leon Kräusche, kein Verständnis für die „befremdlichen“ Drohungen der Amerikaner.

Es ist für viele nur ein Erholungsort an der Ostsee. Und doch ist Sassnitz, das kaum über 10.000 Einwohner zählt, mit zahlreichen wirtschaftlichen Projekten eine ambitionierte internationale Stadt. Dessen Fährhafen sorgt als westlichster Punkt der Transsibirischen Eisenbahn für den Güterverkehr, auch will man als Teil der Neuen Seidenstrasse zwischen China und Europa vermitteln.

In den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses ist die Stadt auf dem Rügen jedoch wegen der Gaspipeline Nord Stream 2 getreten. In ihrem Hafen Mukran ankert gerade das russische Verlegeschiff „Akademik Cherskiy“, das das Projekt fertigbauen soll. Auch die „Fortuna“, der zweite eventuelle Projektretter, war kürzlich vor Ort. Sollten die vom Wirtschaftsministerium befürchteten US-Sanktionen gegen deutsche Unternehmen und Behörden bald kommen - ein Novum für Deutschland - wäre die Stadt von diesen betroffen.

„Inakzeptabel“: Kreml nimmt Stellung zu US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

Der Bürgermeister der Stadt, Frank Kracht, könne nicht nachvollziehen, wie so etwas möglich sei. Als Gesellschafter des Hafens wäre er aber auch im Sanktionsvisier der USA. Für ihn ist klar: Mit den „befremdlichen“ Drohungen versuchten die USA, in eine kommunale Selbstverwaltung einzugreifen und kommunale Unternehmen dort mit Sanktionen zu belegen, „wo wir in unserem Rechtssystem nichts falsch gemacht haben“.

Am Dienstag hat das US-Repräsentantenhaus die bereits bestehenden Sanktionen gegen die russische Gaspipeline verschärft. Sollten der US-Senat und Präsident Donald Trump sie unterzeichnen, würden die Sanktionen erstmals alle am Bau der Pipeline beteiligten Unternehmen treffen. Im Falle mit Sassnitz handelt es sich jedoch um einen weiteren interfraktionellen Gesetzentwurf, den demokratische und re-

publikanische Senatoren in Washington Anfang Juni in den Gesetzgebungsprozess einbrachten. Danach sollen nach Befürchtung des Wirtschaftsministeriums nicht nur alle Firmen, die im Zusammenhang mit der Nord Stream 2 „Dienstleistungen, Versicherungen und bestimmte Nachrüstungsdienste für Verlegeschiffe“ anbieten, sondern auch „verwaltungstechnisches Handeln von staatlichen Behörden im Zusammenhang mit der Fertigstellung oder dem Betrieb der Pipeline sanktionsrelevant werden“.

„Wir haben das Projekt Nord Stream 2 in unserem Hafen angenommen und abgearbeitet“, erzählt Kracht weiter. Dort seien Arbeitsplätze entstanden, dort seien auch die Röhren für das Gas ummantelt worden. Jetzt würden die fertigen Röhren auf dem Hafengebiet auf ihre Stunde warten. „Das ist unsere einzige Beteiligung. Wir haben weder was falsch gemacht, noch haben wir in irgendeiner internationalen Rechte eingegriffen, sondern wir haben nur dafür gesorgt als Stadt, dass die Arbeitsplätze entstanden sind“, so Kracht.

Die einzige Beteiligung? Auf die Frage nach den beiden Verlegeschiffen, weswegen die neue Sanktionsspirale überhaupt ins Spiel trat, lächelt Kracht nur. Er wisse nicht, ob die Stadt gerade die Verlegeschiffe im Mukran beherberge. „Die Schiffe haben uns um einen Liegeplatz gebeten, um eine Schiffsklassifizierung durchzuführen, wie es im internationalen Seerecht alle fünf Jahre nötig ist“, erklärt er den Unterschied. „Bei der ‚Fortuna‘ wurden bei uns im Hafen die Reparaturarbeiten durchgeführt. Der ‚Akademik Cherskiy‘ haben wie einen Liegeplatz zur Verfügung gestellt, nicht mehr und nicht weniger.“ Man wolle weder „zum Spielball irgendwelcher internationalen Konflikte“ werden, noch könne man nachvollziehen, dass „die USA sich da irgendwie echauffieren, dass hier ein Schiff im Hafen liegt.“

„Lassen uns nicht von Trump vorschreiben ...“

Persönliche Lasten erwartet Kracht durch die möglichen Sanktionen kaum. Es wäre für ihn aber schwieriger, die US-Partnerstadt von Sassnitz, Port Washington am Michigansee, weiter zu besuchen. Von der „Drohgebärde“ der USA hält er jedoch nicht viel - zwar dürfe sie nicht unterschätzt, müsse aber auch nicht überbewertet werden. Dass die Sprache der Bundesregierung im Umgang mit den USA zu „mild“ ist, glaubt er nicht. Zwar wüsste er sich einen Zusammenhalt der EU sowohl für die nationalen als auch europäischen Interessen, seine Kernbotschaft lautet aber:

„Wir hier in Sassnitz lassen uns von keinem anderen Politiker vorschreiben, wer hier in unseren Häfen anlegt und was wir hier in unseren Häfen für Projekte betreiben.“ Das gelte auch für Trump.

Auch der Leiter der Wirtschaftsförderung der Stadt, Leon Kräusche, hat dazu, was hinter den Anmassungen der Amerikaner steht, keine Illusionen. „Sie kümmern sich um die Absatzmärkte, man möchte dann in den Industriestaaten von Europa eigenes Gas verkaufen.“

US-Sanktionsdrohung gegen Nord Stream 2: Ost-Ausschuss erwägt auch „defensive Gegensanktionen“

Er verweist auf über 700 zusätzliche Arbeitsplätze, die im Bereich Bau bzw. der Ummantelung der Röhren, aber auch in der Logistik entstanden seien. Ein Meilenstein dafür seien aber noch die Projekte im Zusammenhang mit der Nord Stream gewesen. Vor etwa zehn Jahren sei der Hafen noch ein reiner Fährhafen gewesen, durch die Nord Stream aber habe sich dieser zum Logistik- und Produktionsstandort für die Ummantelung der Röhren entwickelt. Erst zum Teil durch die Investitionen für die Nord Stream begleitend seien auch andere Projekte im Hafen möglich geworden. Von einer gegenseitigen Abhängigkeit ist für Kräusche also nicht die Rede. „Eigentlich war Russland immer ein stabiler Partner im Handel“, gibt er zu. Es sei auch von den Abnehmern vom Gas abhängig, daher sei es eine gegenseitige Abhängigkeit.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/exklusiv/20200725327562436-nord-stream-2-hafenstadt-auf-ruegen-usa/>

CORONAVIRUS: FAST 800 NEUINFEKTIONEN MIT CORONA IN DEUTSCHLAND

25.07.2020 19:02 Deutschland/Welt –

Die Lage rund um das Coronavirus in Deutschland hat sich in den zurückliegenden Wochen weiter entspannt. Grund zur Entwarnung gibt es laut Bundesregierung und RKI jedoch nicht.

Viele Politiker sprechen sich weiterhin für das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung aus. Auch Abstandhalten ist nach wie vor eine wichtige und effektive Massnahme, um eine Infektion mit dem neuartigen Virus zu vermeiden.

In Deutschland summiert sich die Fallzahl mittlerweile auf 205.623 bestätigte Infektionen. 9120 Corona-Patienten starben an der Infektion, 189.696 gelten mittlerweile als genesen (Stand 25. Juli, 7.50 Uhr).

Weiterhin haben die USA weltweit die meisten Fälle registriert - mehr als 4,11 Millionen Infizierte wurden erfasst. 145.546 Personen sind dort bereits gestorben (Stand 25. Juli, 7.50 Uhr).

Weltweit gibt es nun insgesamt mehr als 15,73 Millionen bestätigte Infektionen und 639.653 Todesfälle (Stand 25. Juli, 7.50 Uhr). Quelle: <https://www.tag24.de/thema/coronavirus/coronavirus-liveticker-fast-800-neuinfektionen-mit-corona-in-deutschland-1452019>

What can we already learn from the Corona disaster?

In these days it is a dream for me to go through Kaiserslautern (my home town). The streets have less than 50% of the usual traffic, there are less than 50% of the usual people on the streets and in the shops – provided that they are open – ; the people and road users are much more relaxed, and on the roads there are no speeders and slow pokes driving, just as the air feels cleaner and fresher. The offerings of the shops that contradict the truth have disappeared, as for example in the body paint shops, tattoo studios, drug consumption shops (shisha bars) as well as in the sports studios, etc. If our planet was not overpopulated, it would have to be so.

I would never have thought that I would ever experience a state as it would be if our planet were not overpopulated. Unfortunately it is not so, because these pleasant conditions are not due to the condition of a more or less equitable planetary population, but to an rampantly spreading disease that compels the human beings to undergo a (voluntary?) quarantine, a house arrest and/or have to do so on government orders. This is the case now, indeed for about four weeks, but already now we can learn something from the corona catastrophe.

So what can we learn from the corona-catastrophe?

- The overpopulation must be eliminated immediately by humane means (permanent birth control/7-year birth stop cycle as proposed by FIGU).
- All countries must permanently close their borders and introduce border controls for so long until the rampantly spreading disease is defeated. This does not mean that the individual peoples should seal themselves off, but rather, that the exchange of countries should be based on a rational standard and the danger of pandemic is contained. There are no objections against trade, diplomatic relations, work, scientific exchange or the like, however only as long as it happens at a rational level. Only the uncontrolled open borders made it possible for the corona virus to spread to a pandemic which, according to official statistics, has already killed over 100 000 people worldwide, in which case, however, the number of unreported cases will be much higher.
- The commerce must also be brought to a rational level. Each country should return to self-sufficiency and the exchange of goods should only occur where a country cannot produce/cultivate certain products itself.
- The health systems of the individual countries must be financed thusly that they are in a position to provide for their populations. This means that the production of medicines, medical devices as well as necessary disinfectants, etc. must occur in one's own country, just as food supplies must be set up.
- The human beings are to be encouraged and advised to live healthily in order to become immune against diseases as far as possible and to build up a good constitution. This is indispensable for a defence against diseases.

There is much more to do. However many problems sort themselves out, especially if the first problem – simply the excessiveness of the overpopulation – is solved. Through my proposals, a few problems and their solutions should be addressed to prevent future pandemics.

And first of all, the problem of overpopulation must be straightened out in the world.

Despite their fears, uncertainty and thought-psyche-feeling-based burdens, many human beings now experience the positive sides of a condition as if the planet would be not overpopulated because the entire motor traffic is practically at a standstill and the large masses of human beings are no longer on the streets and squares.

But the question is nevertheless, whether the human beings of this planet realise all this and also draw the right conclusions from all this resp. whether they learn from the fact that they must finally fight the overpopulation through a humane seven-year birth-stop-cycle and a permanent birth control? It would be desirable for all human beings.

What more can we learn from the corona pandemic?

Of course, we will only see this when the corona pandemic is ended, when it becomes apparent how the world looks like then. And hopefully the human beings will think to the positive and act accordingly – but honestly, there exists hardly any hope for that.

In Times Like These ... The Effects of the Overpopulation

Elisabeth Gruber, Österreich

translated by Michael Uyttebroek, Canada, using FIGU Dictionary, July 13, 2020

In times like these, when we are precisely thrust into a worldwide crisis, precisely as a result of the corona pandemic, the extent of which we are not yet able to assess in any wise, it is frighteningly obvious how far we human beings have moved away from the natural-creational laws and the modes of life adapted to them. We have removed ourselves so far from them that, under certain circumstances, very serious and negative consequences have arisen for us, which we will hardly be able to solve unless there is finally a fundamental change in thinking. A look into the wide world and how the mastering of the virus pandemic is handled in the most diverse countries shows a deeply frightening and an unfathomable inhuman behaviour. On the part of many governments there is a complete failure, because the representatives of the people, who they should actually be, completely let their people down, which costs or will continue to cost countless human beings their lives. There one sees the alleged crisis management, which derisively mocks every humaneness, because the complete overtaxing in crisis management has catastrophic consequences, up to ice-cold unconcernedness, because unfortunately only the preservation of one's own might of the ones responsible in government is in the foreground. It is therefore a fact that in many cases it is quite clear that in the first place, solely the looking after the economic interests before the welfare of human being's life stands first and foremost. What is particularly tragic about the whole thing is the circumstance that even now, in this almost hopeless situation, the fundamental problem for all the inhumane behaviour is not recognized, namely the excessive overpopulation with all its negative effects that it inevitably entails. The naked facts speak a very articulate language, and these must become conscious and clear to every human being if he/she would go through life with open senses and be mighty in the reason and the rationality. Alone the continuously increasing high demand for food and goods of all kinds to feed the masses of people and to be able to provide them with the necessary goods has led to the development of an disastrous global dependency between all states. Hence the result is an almost inextricable tangle of politics, economics and finance, whose masterminds are driven by insatiable money and avarice and go forth with the rigorous exploitation of the Earth's resources. On the one hand, there are the global dependencies and the immeasurable and insatiable increase in demand for goods such as raw materials, ores, oil, wood, etc. due to the continuously growing world population. This, while on the other hand there is mass tourism, which keeps many states economically alive, but in turn mercilessly destroys their untouched nature. Then there are also the many mighty ones of states who are in no wise capable of carrying out their office with dignity and responsibility, all of which leads to it that disastrous catastrophes can spread, such as the current pandemic spreading world wide. Mighty corporations, companies promoting mass tourism, incapable and corrupt rulers, etc. are all caught up in the purely materialistic thinking of might and consumption, consequently it all revolves only about the commerce, the gain, the striving of profit, as well as about enrichment, might and the maintaining of might. On the basis of this manner of thinking and acting, which is far from any natural-creational way of life, the logical consequence is that everything can only be such that the threatening disaster simply did not want to be seen at its origin, nor could it be farsightedly recognised. The impending pandemic has therefore been denied and played down in a lowly intelligent audacious manner for the time being; therefore also no immediately necessary attempt at all has been made to initiate massive restrictions on air travel and tourist travel, as well borders to the affected countries were neglected to be closed. These criminally irresponsible actions are just another expression of the fact that most of the politically responsible ones – who let themselves be lifted into this position in a populist manner – are in no way capable of acting far-sightedly, logically and rationally. All the negative effects of overpopulation thus once again come into full effect, and this is what any human being who is mighty in the rationality and the intellect is conscious of, and indeed, that the Moloch of 'overpopulation' with all its profoundly inhuman and environmentally and life-destroying effects will overwhelm us if it continues within this framework and is not rethought. When will we human beings of the Earth finally come to our senses?

However, every crisis has not only purely negative effects, because as always everything in the life has two sides. So here too, in the overcoming of the corona virus pandemic, along with to the serious negative consequences – particularly health of the population and the economy – positive things also emerge. These manifest themselves, for example, in an unusual solidarity and concordance between certain political parties. The economic operators also accept the necessary restrictions – albeit partly reluctantly – whereas a larger part of the population also stands behind the decisions, which had to be taken overnight, so to speak, and which do not correspond to what is really necessary. Creative and helpful ideas were and continue to be developed and implemented from many sides for the benefit of the community. With many enterprises there was and is no competitiveness-thinking, but it is born out of necessity, working together without envy, in order to work out ideas and proposals. For me this is a very pleasant, positive statement.

It is pleasing and pleasant at the same time to be able to perceive that – at least apparently – a good and caring cooperation among the human beings can still be realised and function after all, as well as a firm unselfish cohesion among the population becomes recognisable when a crisis arises. Good approaches of humaneness and love for the next one are visible, even across the politics, this instead of the everyday competitive-thinking. And this is just the same as also in the population and among the business community, because, there too, visible similar behaviours are now unmistakable. It is a beautiful experience, which also lets me dream of how it could be if there existed no overpopulation and the unfortunate competitive struggle as well as the exuberant materialism and the unrestrained egoism would not let many human beings' hearts become so cold, as it is unfortunately the case otherwise and without crisis. It makes me think how far we have already distanced ourselves from these positive behaviours in our normal everyday life, as well as the fact that most of us, especially in the anonymity of the large cities, only concern ourselves with ourselves and hardly notice our fellow human beings, let alone that their needs or worries are even noticed; now, in the current crisis the generally positive condition will probably not last for very long, because already the voices of irrationality, the know-it-all attitudes and resistance against the adopted measures are active again from many sides. In addition, there is still a massive negative influence in the population, and indeed, by so-called experts, virologists and scientists, driven by a craving for recognition, who often downplay the seriousness of the pandemic in a downright criminal manner or propose very inhumane coping strategies, wherewith they negatively influence many human beings. In their megalomania – completely taken in by themselves and their supposed cunning – they do not realise what they bring about with their lowly intelligent-audacious as well as reason-less-rationality-less irresponsible statements. This now raises the question how should one proceed in the right way in the event of an outbreak of a rampantly spreading disease and thus a threat of a pandemic?

On the part of FIGU there is very well-founded information about this such as how targeted measures for the prevention and spread of a pandemic must be applied. In this context I refer to the excerpts from contact conversations between Billy and his Plejaren contact person Ptaah, which deal with the corona virus plague, with its effects, already on the 3rd of February 1995 and again since the month of November 2019. This is also by talking about how one can most safely protect oneself from an infection with the virus, which is what FIGU members worldwide have been orienting themselves to ever since. This important information, referred to during discussions and also laid down in writing, has been published on our FIGU website, and indeed, together with the very urgently necessary precautionary and behavioural measures to fight the pandemic, which would have to be taken and implemented. This corona virus pandemic could come about because the early warnings were not heeded, and indeed, especially by the mighty ones of state, but also by the populations who disregarded all warnings. And this had the result, that the right and necessary measures were not taken early nor with a sense of responsibility, which is why no precautions were taken in order to prevent the rampantly spreading disease. The blame also lies with the responsible ones in China, who already with the outbreak of the virus-spreading, which at first led to an epidemic, all of the necessary measures should have been taken against it, which however was also not done either, and moreover everything was kept secret – even if this will be denied. Namely, would something have been undertaken and done in the right manner as well as the world been informed, then there would not be a rampant pandemic today because the corona virus would have been contained before it could spread uncontrollably and quickly around the planet and demand many lives of human beings. The human beings who died of the Corona-Plague would still be alive, and the humankind of the Earth could go about their daily lives unhindered. However also here it was and is probably the same as always: If warnings and facts are brought by ordinary human beings who do not bear high titles and are brought into disrepute by malicious antagonists on the basis of envy and hatred with calumny, etc., then the public follows suit equally and tears the falsely accused to pieces. As a result, their knowledge-rich announcements are then ignored and reviled as lies, deception and swindle and are not accepted. The referred to information was therefore announced and made public on the internet by FIGU long before the corona virus epidemic spread throughout the world and has already cost well over 100,000 human lives to date. But as usual in such cases, no one in the wide world has reacted rationally to it in order to confront the disasterous thing early on and thus save tens of thousands of human beings from death – but simply; what are the knowing ones in their own country worth!!!

Unfortunately, on our world knowledge and truth do not apply, but first and foremost are intolerance, defamation and belief-delusion. Belief and prayer is more important than listening to a knowing and warning voice that teaches that the human being himself/herself has to take the initiative, to act and take the reins of rightness into one's hands and do what has to be done, instead of trusting in fantasy fairy tales concerning imaginary all-mighty gods from whom neither love, advice nor help or even the movement of a thought of understanding and rationality can come and will also effectively never come, because they only correspond to a brain-delusion of a belief.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrunne,  zeugt Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Geisteslehre Friedenssymbol

Über das Verhalten in Krisen-Situationen

In den heutigen Tagen (Mai 2020), während der Corona-Krise, beobachten gewisse Menschen, wie sich die grosse Masse der Menschheit sehr seltsam verhält. Die vom Corona-Virus ausgelöste Krankheit, die in vielen Fällen tödlich endet, wie auch diverse andere, scheint nur wenige wirklich zu interessieren. Es ergibt sich diesbezüglich der Eindruck, als ob das Gros der Bevölkerung nicht real zu denken vermöge, eben so, als ob es unfähig wäre, die Wahrheit so zu sehen und zu erkennen, wie sie wirklich ist. Ein Realdenken heisst jedoch, die Wirklichkeit so zu sehen und zu verstehen, wie sie tatsächlich ist, also ohne eigene Interpretationen, einen Glauben und ohne Vorurteile, sondern nur rein wahrnehmend, wie es auch in den Meditationsbüchern von Billy empfohlen wird (es empfiehlt sich die beiden Bücher «Einführung in die Mediation» und «Mediation aus klarer Sicht» zu studieren, um das Realdenken zu verstehen.).

Die grosse Masse der Menschheit realisiert nicht, welchen Gefahren sie sich aussetzt, wenn es die Sicherheitsanweisungen hinsichtlich der Corona-Seuche und die notwendigen Massnahmen nicht beachtet, die dazu dienen, den Menschen vor einer Ansteckung zu schützen. Es scheint so, als wären viele von einer Gehirnkrankheit befallen, die sie daran hindert, alles zu realisieren und richtig zu handeln; ähnlich einer Maus, bei der ein Stück Speck sie dazu bringt, sich derart unvorsichtig zu verhalten, dass sie in eine Falle tappt oder eine leichte Beute für eine Katze wird. Auch das Gros der Menschen scheint sich offenbar gleichermassen zu verhalten und zudem so abgestumpft zu sein, dass es nicht realisiert, wie es sich mit seinem Gebaren in Lebensgefahr bringt. Daher fragt es sich, was dafür die Ursache sein könnte?

Aus einem Gespräch mit Billy weiss ich, dass das Gros der Menschheit, und zwar insbesondere die jungen und jüngeren Generationen, immer mehr von ihrem Intelligenz einbüsst und folglich seine gesamte Kognition und damit seinen Verstand und seine Vernunft nicht mehr zu nutzen weiss. Der Intellekt der Menschen wird langsam immer geringer, und die Fähigkeit logisch zu denken nimmt immer mehr ab,

und zwar je mehr die Übervölkerung ansteigt und der Digitalismus in dieser immer mächtiger und kein Wissen mehr erarbeitet, sondern alles nur noch elektronisch-digital abgelesen wird.

Der Intellekt und das daraus resultierende Intelligentum – fälschlich Intelligenz genannt – ist mit der Fähigkeit der Logik eng verbunden. Das heisst, dass ein unlogisch denkender Mensch dumm und damit unfähig ist, Verstand und Vernunft zu nutzen, zu formen und einzusetzen, und zwar nicht einmal auch nur in geringem Masse. Verstand, Vernunft und Intelligentum hängen eng zusammen, wobei, wie erklärt, das Intelligentum nichts mit Intelligenz zu tun hat, denn dieser Begriff steht nur für den Wissensspeicher des Intellekts und entspricht nicht mehr als einem Erinnerungsfaktor – eben einem Gedächtnisfaktor. Dies, während das Intelligentum das gesamte Kognitionssystem umfasst, resp. das gesamte verhaltenssteuernde System der ausführenden Umgestaltung von Informationen sowie das Wahrnehmen, Erkennen, Kennenlernen, Erfassen, Verstehen und Auswerten sowie Verwenden, Handeln und Erfahren der umfangreichen Effektivität, Funktionsweise und Leistungsfähigkeit des Bewusstseins und Gehirns.

Die Intelligenz als reiner Wissensspeicher entspricht also einem passiven Faktor, wie z.B. ein Wörterbuch, das nicht selbstaktiv ist, sondern das einfach einen Erinnerungsinhalt enthält, der nach Bedarf abgerufen werden kann. Also handelt es sich beim Faktor Intelligenz eben um ein inaktives Erinnerungsmoment, das selbst in keiner Weise eine aktive Funktion innehat, sondern als passives Gedächtnis des Intellekts dient, folglich an diesem auch kein Intelligentum-IQ gemessen werden kann.

Das Intelligentum ist demgegenüber aktiv, das heisst, es kann aktiv mit der gesamten Kognition und damit mit Verstand und Vernunft arbeiten und auch das gespeicherte Wissen des Intelligenz-Wissensspeichers nutzen, wodurch es möglich ist, aus bestehendem Wissen durch das Intelligentum selbst logische Schlüsse zu ziehen und daraus neue Gedankengänge zu schaffen, die zu neuen Erkenntnissen führen. Also kann vorhandenes Wissen aus dem Wissensspeicher Intelligenz genutzt werden, um durch kognitive Vorgänge neue Erkenntnisse zu gewinnen. Das kann je nach dem verstand-vernunftmässigen Entwicklungsstand und der Kombinationsfähigkeit des Menschen in Nutzung seines Intelligentum neues, wertvolles und sehr fortschrittliches und gar futuristisches Wissen erschaffen.

Wird die grosse Masse der Menschheit betrachtet, dann lässt sich erkennen, dass ihr Intelligentum immer mehr verkümmert, und das obwohl das Potential zum logischen Denken von Natur aus dem bewusstmässig normalen Menschen von Geburt an gegeben ist. Das Gros der Menschheit kümmert sich jedoch infolge Desinteresse und Denkfaulheit oder aus anderen nichtigen Gründen nicht darum, die Fähigkeit zur Nutzung von Verstand und Vernunft zu erarbeiten.

Das aber führt dazu, dass sich das Gros der Menschen in Krisensituationen sehr unvorsichtig verhält und auch gegen notwendige Sicherheitsmassnahmen rebelliert, und zwar derart, als ob ihnen ihr eigenes Leben und das des Nächsten egal wären – und ganz offensichtlich ist das effektiv auch bei vielen Menschen tatsächlich so, weil sie infolge Faulheit und Dummheit weder die Fähigkeit zur Nutzung von Verstand und Vernunft erarbeiten, noch die Wahrheit des Lebens erfassen und verstehen können, folglich sie gegen sich selbst, die Mitmenschen, die Umwelt und alles Leben gleichgültig geworden sind. Zum Besseren ändern könnte sich etwas nur dann – und das wäre wirklich angebracht –, wenn das Gros der Menschheit endlich aus seiner Denkfaulheit erwachen und zu denken lernen würde, um das drohend Schlimmste noch verhüten zu können.

SSSC, 17.5.2020
Ulrich Nangue, Schweiz

Nimm dir Zeit
Nimm Dir Zeit, das Leben zu
geniessen und es zum Besten
Deines Daseins zu machen.

SSSC, 6. Januar 2011

15.15 h, Billy

Mensch der Erde, bedenke: Durch Waffen, Militär, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und Gewalt, sowie auch durch Betrug, Irreführung, Lügen, Verleumdung und Machtgier unrechtschaffener, vernunftloser, selbstsüchtig Herrschender und Verbrecher wurden auf der Erde seit alters her Unfrieden, Elend, Not, Tod, Zerstörung, Vernichtung und Verderben verbreitet; dazu reichten die unbedarften Völker infolge Indoktrination und Hörigkeit ihren Gewalthabern, Machthabern resp. Staatsoberhäuptern oder Imperatoren beiderlei Geschlechts die Hand und halfen damit, alles bösartige Unheil unaufhaltsam zu fördern.

Mensch der Erde: Frieden, Freiheit, Harmonie und Rechtschaffenheit können niemals durch Waffen, Militärs, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und andere Dummheiten zustande kommen, sondern einzig durch die Nutzung von Verstand, Vernunft, Kommunikation, Konsens, Menschlichkeit und Liebe. Daher, Mensch, achte Du als einzelner darauf und bemühe Dich, das zu verstehen und einzig nach diesen hohen Werten zu handeln, damit aller Unfrieden, alles Bösartige und Todbringende sich auflöst.



IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; **FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN** erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ **Telephon** +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h – 19.00 h) / **Fax** +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: **PC 80-13703 3** FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

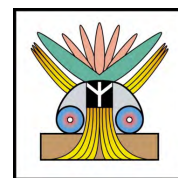
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: shop.figu.org



© FIGU 2020
 Einige Rechte vorbehalten.
 Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz